

# Beschluss Für ein sicheres, gerechtes und demokratisches Berlin – unsere Vorschläge für das Wahlprogramm 2026

Gremium: Landesmitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 23.03.2025  
Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

## Antragstext

1 Wir, die Grüne Jugend Berlin, setzen uns im Wahlprogramm Prozess für folgende  
2 Forderungen im Themenbereich Inneres ein:

3 Sicherheit

4

5 Sicherheitsbegriff

6 Wir vertreten ein allumfassendes Verständnis von Sicherheit, welches die  
7 Berliner\*innen in ihrer Lebensrealität abholt. Eine Sicherheitspolitik, die  
8 nicht nur Eigentum schützt und sich auf die Polizei beschränkt, sondern eine  
9 soziale Sicherheit und das gute Leben für alle zum Ziel hat. Deshalb setzen wir  
10 uns für einen sozialen Sicherheitsbegriff im Wahlprogramm ein.

11 Prävention statt Repression

12 Unser Fokus liegt auf der Bekämpfung der sozialen Ursachen von Kriminalität  
13 durch präventive Maßnahmen und eine stärkere Bürger\*innennähe.

14 Demokratische Kontrolle der Sicherheitsbehörden

15 Wir setzen uns für den Ausbau der Aufsicht über Sicherheitsorgane ein, um  
16 Grundrechte zu schützen und unverhältnismäßige Überwachungsmaßnahmen zu  
17 verhindern. Dazu gehört auch die Abschaffung der sogenannten  
18 „kriminalitätsbelasteten Orte“.

19 Keine Militarisierung der Polizei

20 Es darf keine Ausweitung von Schusswaffeneinsätzen geben, und die Polizei darf  
21 nicht weiter militarisiert werden. Stattdessen müssen Deeskalationstrainings  
22 verpflichtender Bestandteil der Polizeiausbildung werden. Ergänzend fordern wir  
23 eine verpflichtende Fortbildung zum Umgang mit Menschen in psychischen  
24 Ausnahmesituationen.

25 Community-basierte Sicherheitskonzepte

26 Wir fördern Ansätze wie Nachbarschaftsmediation, Sozialarbeit und nicht-  
27 polizeiliche Sicherheitsstrukturen, um Sicherheit nachhaltig und sozial gerecht  
28 zu gestalten.

29 Antidiskriminierungspflicht für Polizei und Sicherheitsbehörden

30 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) muss auch für diskriminierendes  
31 Verhalten von Polizei, Behörden und Justiz gelten. Ein Ticketsystem für  
32 polizeiliche Kontrollen soll Transparenz schaffen und Racial Profiling  
33 verhindern.

34 Unabhängige Antidiskriminierungsstelle für Sicherheitsbehörden

35 Ausbau der unabhängigen Antidiskriminierungsstellen für Sicherheitsbehörden

36 Wir fordern den Ausbau und die Stärkung unabhängiger Polizeibeauftragter.

37 ---

38 Wir fordern eine spezialisierte Beschwerdestelle, die sich mit Diskriminierung  
39 innerhalb der Polizei und Justiz befasst.

40 Elektronische Fußfessel als Präventionsmaßnahme gegen häusliche Gewalt

41 Es gibt fast täglich in Deutschland einen Femizid. Wir als Grüne Jugend Berlin  
42 stehen für Präventionsmaßnahmen, die wirken und fordern daher die Prüfung der  
43 rechtlichen Bedingungen für elektronische Fußfesseln zur Überwachung von Tätern  
44 häuslicher Gewalt. Außerdem fordern wir mehr Hilfsmittel für Beratungsstellen  
45 und Frauenhäuser.

46 ---

47 **Justiz**

48 **Bessere Justizstrukturen**

49 Um eine effektive und gerechte Rechtsprechung sicherzustellen, müssen die  
50 Arbeitsbedingungen und personelle Ausstattung in der Justiz verbessert werden.

51 **Reform der juristischen Ausbildung**

52 Eine Reduktion des Prüfungsstoffs soll die juristische Ausbildung praxisnäher  
53 und effizienter machen.

54 **Konsequente Anwendung des Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG)**

55 Diskriminierung muss in allen Bereichen bekämpft werden – das LADG darf nicht  
56 nur auf dem Papier existieren.

57 **Entkriminalisierung von Bagatelldelikten**

58 Straftatbestände wie das Fahren ohne Ticket müssen abgeschafft werden. Wir  
59 setzen uns für eine Bundesratsinitiative zur Streichung dieser Delikte ein.  
60 Solange dies nicht umgesetzt ist, soll Berlin als Eigentümer der BVG auf  
61 Strafanzeigen verzichten, wie es andere Kommunen bereits tun.

62 **Reform des Strafbefehlsverfahrens**

63 Strafbefehle sollen nicht mehr gegen Wohnungslose erlassen werden.

64 **Ersatzfreiheitsstrafe abschaffen**

65 Wer eine Geldstrafe nicht zahlen kann, darf nicht ins Gefängnis müssen. Eine  
66 Bundesratsinitiative soll die Ersatzfreiheitsstrafe in solchen Fällen beenden,  
67 auch zur Entlastung der Berliner Justizvollzugsanstalten.

68

69

70 **Zugang zur Justiz für alle**

71

72 Um mehr Menschen Zugang zu kostenloser Rechtsberatung zu gewähren, braucht es  
73 die Erhöhung der Einkommens- und Vermögensgrenzen sowie die Vereinfachung des  
74 Antragsverfahrens für die Beratungshilfe. Zudem müssen zivilgesellschaftliche  
75 Beratungsangebote stärker gefördert werden.

- 76 Zugang zur Justiz für alle
- 77 Menschen mit geringen finanziellen Mitteln brauchen kostenlosen Rechtsbeistand,  
78 insbesondere in Mietsachen, Sozial- und Arbeitsrecht.
- 79 Verbandsklagerecht gegen strukturelle Diskriminierung
- 80 Qualifizierte Organisationen müssen die Möglichkeit erhalten, im Namen von  
81 Betroffenen gegen Diskriminierung zu klagen.
- 82 Abschaffung der „Kirchenklausel“ im AGG
- 83 Religiöse Institutionen dürfen nur noch dort von Diskriminierungsschutz  
84 ausgenommen sein, wo es unmittelbar mit der zusammenhängt.
- 85
- 86 Situation von Betroffenen sexualisierter Gewalt verbessern  
87 Wir prüfen, wie Betroffene sexualisierter Gewalt beispielsweise durch moderne  
88 Befragungsmethoden, der Einrichtung spezialisierter Abteilungen innerhalb der  
89 Staatsanwaltschaft sowie einer engen Kooperation zwischen Gerichten Justiz,  
90 Polizei, medizinischen Einrichtungen und Beratungsstellen besser unterstützt und  
91 entlastet werden können.
- 92 ---
- 93 Bürger\*innenrechte
- 94 Stärkung der Grundrechte
- 95 Demokratische Teilhabe muss gefördert und staatliche Überwachung begrenzt  
96 werden. Wir lehnen Maßnahmen ab, die Grundrechte unverhältnismäßig einschränken.  
97 Wir fordern die Aufnahme des Merkmals der sexuellen Identität in Artikel 3 des  
98 Grundgesetzes
- 99 Schutz von Whistleblowern und investigativem Journalismus
- 100 Wir setzen uns für besseren Schutz von Menschen ein, die Missstände aufdecken,  
101 und stärken die Pressefreiheit.
- 102 Wahlrecht für alle
- 103 Wir fordern die Absenkung des Wahlalters auf 0 Jahre. 16 war ein großer Erfolg,  
104 aber nur ein erster Schritt in Richtung Wahlalter 0. Diesem wollen wir einen  
105 weiteren Schritt näher kommen und fordern das Wahlrecht ab 12. Wir fordern das  
106 Wahlrecht für alle. Dafür wollen wir mit Expert\*innen Wege finden, dass auch  
107 nicht-deutsche Staatsbürger\*innen eine Stimme bei Wahlen abgeben können.
- 108 Repräsentation durch Sorgeberechtigte
- 109 Da Kleinkinder nicht selbst wählen können, sollen Sorgeberechtigte bis zu einem  
110 bestimmten Alter das Wahlrecht treuhänderisch ausüben. Sobald ein Kind den  
111 Wunsch äußert, selbst zu wählen, soll es sein Stimmrecht übernehmen können.
- 112 Antidiskriminierungsschutz für staatliches Handeln
- 113 Diskriminierungsschutz muss sich auf alle Bereiche der öffentlichen Gewalt  
114 erstrecken, nicht nur auf soziale Sicherheit, Bildung und Beamtenverhältnisse.
- 115 Verlängerung der Fristen für Diskriminierungsklagen

116 Gerade in arbeitsrechtlichen Diskriminierungsfällen müssen Betroffene mehr Zeit  
117 haben, ihre Rechte durchzusetzen.

118 ---

119 Datenschutz

120 Eine moderne und verlässliche Verwaltung für junge Menschen

121 Erweiterung der Datenschutzrechte

122 Bürger\*innen müssen ein starkes Recht auf ihre persönlichen Daten haben,  
123 einschließlich des Rechts auf Löschung. Nachrichtendienste und  
124 Datenschutzbehörden müssen unabhängig kontrolliert werden.

125 Die Verwaltung und staatliche Behörden sind der direkte Kontaktpunkt von  
126 Berliner\*innen und der Politik im Alltag. Daraus ergibt sich eine besondere  
127 Bedeutung der Verwaltung: Wir haben einen Anspruch auf eine funktionierende und  
128 transparente Verwaltung, die unsere Grundrechte wahrt und durchsetzt. Wir wollen  
129 eine Verwaltung, die den Menschen und ihren Anliegen dient. Dafür braucht die  
130 Verwaltung mehr Personal und Gelder, klar definierte Aufgaben und  
131 Zuständigkeiten, wie auch zweckmäßige und grundrechtskonforme Möglichkeiten zur  
132 Erhebung, -verwendung, und -verarbeitung von Daten und sie untereinander  
133 mitzuteilen. Es ist frustrierend, wenn man für einen neuen Personalausweis oder  
134 eine Meldebescheinigung immer noch ewig warten und Urlaub nehmen muss. Politisch  
135 engagierte ziehen sich aus ihren Communities zurück, wenn Ämter nur als  
136 bürokratische Nein-Sager wahrgenommen werden. Rechtsruck und  
137 Politikverdrossenheit haben damit ihre Wurzeln auch in einem Staat, der nicht  
138 mit und für die Menschen arbeitet, sondern von oben herab belehrt und bestraft.  
139 Die Kürzungspolitik von Schwarz-Rot bedeutet Stillstand und Überforderung in der  
140 Verwaltung. Als GRÜNE JUGEND grenzen wir uns davon klar ab: Wir wollen eine  
141 moderne, digitale Behörden auf Augenhöhe, die für die Menschen arbeitet, nicht  
142 gegen sie.

143 Begrenzung staatlicher Überwachung

144 Wir fordern eine klare Absage an staatliche Überwachungsmaßnahmen die  
145 Bürgerinnenrechte mehr schaden als nutzen. Für ein Berlin ohne Videoüberwachung,  
146 biometrische Gesichtserkennung oder andere Überwachungstechnologien!  
147 Wir denken digitale Sicherheit europäisch, quelloffen und grundrechtsorientiert.  
148 Unsere Daten sind nur sicher, wenn wir in Europa diese souverän speichern,  
149 verarbeiten und übermitteln können. Dafür braucht es eine demokratische digitale  
150 Infrastruktur aus europäischer Hand, die uns schützt vor den Interessen weniger  
151 Tech-Bosse und den zunehmenden Angriffen von autoritären Regimes. Diese  
152 gemeinsame Infrastruktur erleichtert, Daten zwischen Behörden leichter und  
153 sicherer teilen zu können: Das erleichtert Bürger\*innen den Behördengang und die  
154 Arbeit der Angestellten dieser Behörden und kostet beiden weniger Zeit; zudem  
155 demokratisiert und vereinfacht es die Arbeit von Politiker\*innen und  
156 Aktivist\*innen und die Forschung an Universitäten. Wir wollen europäische wie  
157 Bundesinitiativen zu OpenSource weiterhin finanziell unterstützen und die  
158 fantastische Eigeninitiative und Problemlösungsfähigkeit der OpenSource  
159 Community durch öffentliche Ausschreibungen nutzen und fördern. Berlin soll eine  
160 Vorreiterrolle bei einer solchen Implementierung und Förderung von OpenSource  
161 spielen, denn nur eine demokratische digitale Souveränität kann unsere  
162 Freiheitsrechte wahren.

163 Open Source in der Verwaltung

164 Die öffentliche IT-Infrastruktur muss auf Open-Source-Software setzen, um  
165 Datenschutz und digitale Souveränität zu gewährleisten. Zudem muss sicher  
166 gestellt werden, dass die Maintainer\*innen der genutzten Open-Source-Software  
167 (OSS) für ihr Engagement angemessen vergütet werden. Neben dem Bund müssen auch  
168 die Länder Mittel für die Förderung von Open-Source-Software bereitstellen,  
169 durch eine gemeinsame Mitfinanzierung von bereits bestehenden  
170 Bundesförderprogrammen wie dem Sovereign Tech Fund. Kurzfristig streben wir an,  
171 dass das Land Berlin hier eine Vorreiter\*innenrolle übernimmt und gezielt Open-  
172 Source-Software finanziell unterstützt. Langfristig sollen alle Bundesländer  
173 Open-Source-Projekte strukturell fördern, um digitale Souveränität nachhaltig zu  
174 sichern.

175 Schutz vor algorithmischer Diskriminierung

176 Unternehmen und öffentliche Einrichtungen, insbesondere Behörden, müssen  
177 offenlegen, wann und wie KI-gestützte Entscheidungsverfahren eingesetzt werden.  
178 Sie müssen nachweisen, dass ihre Algorithmen diskriminierungsfrei und DSGVO-  
179 konform sind. Sie müssen ferner sicherstellen, dass KI-Arbeitsschritte eine  
180 menschliche Kontrolle durchlaufen. Betroffene sind über den Einsatz zu  
181 informieren, müssen Widerspruchsmöglichkeiten haben und bei Rechtsverletzungen  
182 entschädigt werden. Ein öffentlich einsehbares KI-Register kann Transparenz  
183 schaffen und die Kontrolle durch Zivilgesellschaft und Wissenschaft ermöglichen.

184 ---

185 Innenpolitik

186 Antifaschismus und soziale Gerechtigkeit

187 Wir bekämpfen rechte Strukturen und Ideologien aktiv. Sichere Fluchtrouten, eine  
188 solidarische Asylpolitik und die Entkriminalisierung von Hausbesetzungen bei  
189 Leerstand sind für uns zentrale Anliegen.

190

191 Keine Erleichterung von Abschiebungen

192

193 Wir stellen uns gegen Maßnahmen, die Abschiebungen noch weiter erleichtern  
194 sollen. Die zukünftige schwarz-rote Koalition im Bund plant den verpflichtend  
195 beigestellten Rechtsbeistand bei drohender Abschiebung abzuschaffen. Der Senat  
196 muss diesen deshalb für Verfahren in Berlin einführen. Zudem darf das Land  
197 Berlin das Abschiebebegewahrsam nicht weiter ausweiten. Die Sicherheitsbehörden  
198 müssen das Kirchenasyl in jedem Fall achten.

199 Antidiskriminierungsbildung als Pflichtprogramm

200 Alle öffentlichen Institutionen müssen verpflichtende Schulungen zu  
201 Diskriminierung und Vielfalt durchlaufen.

202 Mehr Kontrolle über staatlich finanzierte Einrichtungen

203 Staatliche Finan-

204 zierung nur mit Diskriminierungsschutz

205 Alle durch öffentliche Gelder geförderten Organisationen müssen dem  
206 Antidiskriminierungsrecht unterliegen.

207 Reform des Verfassungsschutzes

208 Wir wollen eine Alternative zum Verfassungsschutz: Entweder eine vollständige  
209 Abschaffung oder zumindest eine Trennung in einen geheimdienstlich arbeitenden  
210 Teil und ein Institut, das nur mit öffentlichen Quellen arbeitet.

211 Verfassungsschutz abschaffen

212 Wir fordern die Abschaffung des Verfassungsschutzes. Stattdessen soll ein  
213 öffentliches Institut, das mit öffentlich verfügbaren Quellen arbeitet, zur  
214 Bewertung der Verfassungsfeindlichkeit von Organisationen errichtet werden. In  
215 einem ersten Schritt soll dieses neben dem geheimdienstlich arbeitenden Teil des  
216 Verfassungsschutzes errichtet werden, um beide Funktion zu trennen.

217 Konsequente Vereinsverbote gegen Rechtsextremismus

218 Rechtsextreme Vereinigungen müssen konsequent verboten werden. Gleichzeitig  
219 fordern wir die Beantragung eines AfD-Verbotsverfahrens im Bundesrat.

220

221 Keine Regelabfrage beim Verfassungsschutz

222 Die Wiedereinführung der allgemeinen Regelabfrage beim Verfassungsschutz für  
223 alle Bewerber\*innen auf eine Verbeamtung lehnen wir ab. Der Nichtzulassung zum  
224 Referendariat müssen enge Grenzen gesetzt sein, da diese einem Berufsverbot  
225 gleichkommt.

226 ---

227 Beteiligung

228 Politische Teilhabe für alle

229 Mitbestimmungsrechte müssen unabhängig von Herkunft oder Status gefördert  
230 werden. Bürger\*innenbeteiligungsverfahren sollen hybrid (digital und aufsuchend)  
231 ausgebaut und nicht nur auf Bauprojekte beschränkt bleiben.

232 Kinder- und Jugendparlamente in allen Bezirken

233 Alle Bezirke sollen für die Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlamentes  
234 Unterstützung erhalten. Diese müssen Rederecht und Antragsrecht in der BVV und  
235 allen Ausschüssen erhalten.

236 Klimaräte für Berlin

237 Bürger\*innen sollen in Klimaräten über klimapolitische Maßnahmen mitentscheiden,  
238 um eine sozial gerechte Klimapolitik sicherzustellen. Für einen weiteren  
239 Bürger\*innenrat bietet sich das Thema Wärmewende bzw. Dekarbonisierung der  
240 Wärmeversorgung an.

241 Bürger\*innenhaushalte ausbauen

242 Mehr direkte Mitbestimmung über Finanzmittel auf Kiez- und Bezirksebene sowie  
243 ein Ausbau von Schüler\*innenhaushalten.

## Beschluss Damit "die da oben" nicht abheben

Gremium: Landesmitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 23.03.2025  
Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

### Antragstext

1 Parteien und Politiker\*innen spielen eine wichtige Rolle in unser  
2 parlamentarischen Demokratie. Viele Politiker\*innen leisten eine deutlich-mehr-  
3 als-40-Stunden-Woche und führen ihr Amt mit hohem Engagement aus. Dafür sollen  
4 sie auch angemessen entlohnt werden. Gleichzeitig muss die Entschädigung der  
5 Abgeordneten einen Bezug zur Realität der durchschnittlichen Bevölkerung haben  
6 und müssen Regelungen für eine hohe Glaubwürdigkeit der Politik geschaffen  
7 werden.

#### 8 Parteispenden

9 Deshalb fordert die Grüne Jugend Berlin, dass Parteien wie bisher für ihre  
10 vielfältigen Ausgaben staatlich gefördert werden sollen. Um die Glaubwürdigkeit  
11 und den Wettbewerb der Parteien zu verbessern, sollen Unternehmensspenden an  
12 Parteien verboten werden, dies gilt auch für indirekte Spenden wie das  
13 'Sponsoring' von Parteitagen. Dabei muss sichergestellt werden, dass Unternehmen  
14 nicht weiterhin Geld via Mittelspersonen an Parteien zukommen lassen. Hierfür  
15 sollen Spenden natürlichen Personen auf das zehnfache ihres Monatseinkommens und  
16 maximal 50.000 Euro pro Person und Jahr gedeckelt werden.

#### 17 Entschädigung der Abgeordneten

18 Die Höhe der Abgeordnetendiäten soll zukünftig an das Medianeinkommen gekoppelt  
19 werden. Konkret sollen Landespolitiker\*innen das doppelte des Medianeinkommen  
20 des jeweiligen Bundeslandes, Mitglieder des Bundestages das dreifache des  
21 bundesweiten Medianeinkommens erhalten. So wird der großen Verantwortung und dem  
22 hohen Arbeitsaufwand Rechnung getragen, aber gleichzeitig ein klarer Bezug zu  
23 durchschnittlichen Einkommen hergestellt. Steuerfreie Spesen sollen auf ein  
24 notwendiges Minimum begrenzt und in ein vernünftiges Verhältnis von Transparenz  
25 und Praktikabilität gebracht werden. Und nicht zuletzt sollen Abgeordnete in das  
26 gesetzliche Sozialversicherungssystem einzahlen. Bis zur Umsetzung  
27 entsprechender Reformen fordern wir die Abgeordneten von Bündnis90/ Die Grünen  
28 dazu auf, die Differenz zwischen der obigen Forderung und der tatsächlichen  
29 Diätenhöhe zum Beispiel in die jeweiligen Haushalte, in zivilgesellschaftliche  
30 Projekte oder an Bündnis90/ Die Grünen zu spenden.

#### 31 Entschädigung der Bezirksverordneten

32 Auch die Entschädigungen der Bezirksverordneten müssen kritisch betrachtet  
33 werden. Die Grüne Jugend Berlin fordert, dass die Entschädigung zukünftig nur  
34 noch 10% (aktuell: 15%) der AGH-Diäten zuzüglich der Sitzungsgelder betragen  
35 soll. Erhöhte Entschädigung durch herausgehobene Tätigkeiten (Vorsteher\*in,  
36 Fraktionsvorsitzende) sollen zukünftig maximal das 2-fache der  
37 Grundentschädigung betragen. Die dadurch frei werdenden Mittel sollen in den  
38 Bezirken verbleiben. Wir wissen, dass Mandatsabgaben von Bezirksverordneten ein  
39 zentrales Finanzierungsinstrument der Kreisverbände sind. Im Zuge einer

40 tatsächlichen Absenkung der Entschädigung müssen deshalb auch innerparteilich  
41 für eine andersgelagerte Finanzierung Lösungen gefunden werden.

42 Nebeneinkünfte von Abgeordneten

43 Die Grüne Jugend Berlin fordert ein grundsätzliches Verbot aller nicht-  
44 mandatsbedingten Nebeneinkünfte für Abgeordnete. Alle Parlamente auf Landesebene  
45 oder höher sind Vollzeitparlamente. Ein Nebenjob ist zeitlich nicht umsetzbar,  
46 wenn das Mandat Ernst genommen wird und erweckt Zweifel an der Integrität.

47 Amts- und Mandatstrennung

48 Die Grüne Jugend Berlin fordert eine konsequente Trennung von Amt und Mandat,  
49 auch in Bezug auf Parteiämter.. Abgeordnete dürfen aus kapazitären und  
50 demokratiethoretischen Gründen nicht gleichzeitig Teil der Exekutive und der  
51 Legislative sein. Bündnis 90/ Die Grünen sollte für Mitglieder in  
52 Regierungsverantwortung Unterstützungsangebote zur Wahrnehmung ihrer  
53 Parteitätigkeiten bereitstellen.

## Beschluss Sicher, bezahlbar und bequem unterwegs: Gute Mobilität für alle!

Gremium: Landesmitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 23.03.2025  
Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

### Antragstext

1 Wir alle brauchen gute Mobilität. Täglich gehen oder fahren wir zum Einkaufen,  
2 zur Arbeit, zur Schule oder zu Freund\*innen. Alle wünschen sich, dass wir diese  
3 Wege möglichst einfach, sicher und bequem zurücklegen können. Doch dutzende  
4 Baustellen, rasende Autos und eine kaputt gekürzte Infrastruktur machen das oft  
5 schwer.

6 Als GRÜNE JUGEND Berlin sind wir davon überzeugt, dass eine sichere und  
7 bezahlbare Mobilität für alle möglich ist und wollen deshalb gemeinsam dafür  
8 eintreten.

9 Busse und Bahnen für alle!

10 Ohne die Beschäftigten der BVG sowie die Beschäftigten der S-Bahn Berlin fährt  
11 in Berlin weder ein Bus, S-Bahn noch eine Straßenbahn. Deshalb müssen die  
12 Beschäftigten für ihre wichtige Arbeit anständig entlohnt werden. Neben guten  
13 Löhnen braucht es auch gute Arbeitsbedingungen wie saubere Toiletten,  
14 ausreichend Zeit an den Wendestellen, damit die Fahrer\*innen ausreichend Pause  
15 machen können oder Ampelschaltungen, die auf den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV)  
16 ausgelegt sind. Da der Job als Fahrer\*in gerade in einer Großstadt wie Berlin  
17 sehr viel Konzentration benötigt, ist es wichtig, dass die Fahrer\*innen  
18 mindestens 14 Stunden Zeit zwischen ihren Schichten haben und das Blockmodell  
19 zum Standard wird. Um die Arbeitsbedingungen bei der BVG attraktiver zu machen,  
20 sollen außerdem wieder Betriebswohnungen mit bezahlbaren Mieten gebaut und  
21 Kinderbetreuung in Laufnähe der Betriebshöfe eingerichtet werden. Solange diese  
22 Angebote nicht bestehen, braucht es kostenlose Parkplätze für die Beschäftigten  
23 an den Ablösepunkten, da viele Beschäftigte mittlerweile gezwungen sind, lange  
24 Arbeitswege auf sich zu nehmen.

25 Der ÖPNV muss Vorrang haben, denn er ist die sicherste Fortbewegungsmöglichkeit  
26 und kann von fast allen Menschen genutzt werden. Das bedeutet zum Beispiel  
27 eigene Busspuren und dass Störungen an Ampeln, Weichen oder den Gleisen zeitnah  
28 repariert werden.

29 Damit er noch für mehr Menschen zu einer echten Option wird, muss der ÖPNV  
30 gerade in den Außenbezirken ausgebaut und die Taktung mindestens auf einen 10-  
31 min-Takt erhöht werden. Gerade im Osten der Stadt brauchen wir mehr  
32 Mobilitätsangebote innerhalb der Kieze - mit neuen Verbindungen, Taktungen und  
33 neuen Straßenbahn-, Bus- und S-Bahnverbindungen. Auch die Verlängerung  
34 bestehender S- und U-Bahnlinien muss für eine bessere Anbindung der Außenbezirke  
35 mitgedacht werden - nur so können wir eine gute Anbindung garantieren ohne lange  
36 Umsteigezeiten zu riskieren. Es braucht eine langfristige Betrachtung und ein  
37 Konzept, wo neue U-Bahnlinien sinnvoll sind und langfristig geplant werden  
38 sollten. Um die letzte Strecke von Straßenbahn, S- oder U-Bahn zu verkürzen,  
39 soll das Nachtbusnetz sowie Angebote für Rufbusse, besonders in Außenbezirken,  
40 ausgebaut werden. Nur so können wir gerade älteren und in der Mobilität  
41 eingeschränkten Menschen Teilhabe und Mobilität ermöglichen.

42

43 Viele FINTA\*-Personen fühlen sich nachts im ÖPNV unsicher. Um ihre Mobilität zu  
44 gewährleisten, fordern wir:

45

46

47 Nachttaxi extra für FINTA\*-Personen, um eine sichere Heimfahrt zu ermöglichen.  
48 Mehr Nachtbuslinien und dichtere Takte für eine bessere Erreichbarkeit außerhalb  
49 der Hauptverkehrszeiten.

50

51 Hilfenknöpfe in Bahnen und an Haltestellen, die mit geschultem Hilfspersonal  
52 verbunden sind.

53 Mobilität für Berlin und Brandenburg

54

55 Wir wollen allen Berliner\*innen die Möglichkeit geben, sich bequem, zuverlässig  
56 und sicher ohne Auto in der Stadt zu bewegen. Dafür braucht es ein  
57 leistungsfähiges Netz aus U-Bahnen, S-Bahnen, Trams und Express-Bussen. Alle  
58 Berliner\*innen müssen an die Schiene angebunden sein. Neben guten Verbindungen  
59 ins Zentrum legen wir besonderen Fokus auf leistungsfähige Querverbindungen  
60 zwischen den Bezirken.

61

62 Doch Mobilität endet nicht an der Stadtgrenze. Berlin ist eine wachsende Stadt  
63 in einer dynamischen Hauptstadtregion. Immer mehr Menschen pendeln täglich  
64 zwischen Berlin und Brandenburg. Deshalb müssen beide Bundesländer ihre enge  
65 Zusammenarbeit beim Ausbau des S- und Regionalbahnnetzes fortsetzen. Die  
66 Maßnahmen des Projekts i2030 müssen zügig umgesetzt werden, bestehende Strecken  
67 – wie der Südring – brauchen eine Elektrifizierung und den Ausbau zu einem  
68 dichten Regionalbahnnetz mit kürzeren Fahrzeiten. Neue Regionalbahnhöfe an  
69 wichtigen Umsteigepunkten sollen zudem die Regionalbahn als schnelle  
70 innerstädtische Verbindung in den Berliner Nahverkehr integrieren.

71

72 Unser Ziel ist eine klimafreundliche, bezahlbare und zuverlässige Mobilität für  
73 Berlin und Brandenburg – damit alle Menschen sicher und bequem ans Ziel kommen.

74 Der ÖPNV muss barriereärmer werden. Bis 2030 sollen an alle S- und U-Bahnhöfen  
75 Fahrstühle vorhanden sein. Gehen sie kaputt, muss ihre schnellstmöglichste  
76 Reparatur Priorität haben. Außerdem braucht es mehr Platz für Kinderwägen,  
77 Rollstühle und Fahrräder im ÖPNV. Bushaltestellen müssen Umsteigehilfen und  
78 barrierefreie Beschilderung, sowie auditive Anzeigen für Blinde und  
79 Sehbehinderte und weitere Angebote für eine ganzheitlichen barrierearmen ÖPNV  
80 bieten. Keine Umleitungen über Schotterwege, reine Feldwege oder gepflasterte  
81 Wege mit Sandabschnitten.

82 Alle neuen und umgerüsteten Fahrzeuge im Berliner ÖPNV sollen elektronische  
83 Rampen erhalten, die automatisch ausklappen, wenn Menschen mit  
84 Mobilitätseinschränkungen, Kinderwägen oder Rollatoren einsteigen. So wird  
85 sichergestellt, dass auch an Haltestellen ohne Hochbahnsteig oder Aufzug ein  
86 barrierefreier Zugang besteht.

87

88 Zudem fordern wir:

89 • Kopfsteinpflasterstraßen und grob zugeteerte Straßenübergänge durch  
90 glattere Pflastersteine mit wasserdurchlässiger Oberfläche zu ersetzen.

91 • Abgesenkte Bordsteine an allen Zebrastreifen und Straßenübergängen  
92 verpflichtend einzuführen.

93 Die Barrierefreiheit muss sichtbarer gemacht und stärker ins Bewusstsein gerückt  
94 werden. Daher fordern wir eine Aufklärungskampagne:

95 • Informationsveranstaltungen in Schulen, bei Führerscheinprüfungen und  
96 Fahrradtrainings, um das Bewusstsein für barrierefreie Mobilität zu  
97 schärfen.

98 • Klare Kennzeichnung barrierefreier Routen und Haltestellen im ÖPNV

99 Fahrgäste sowie Beschäftigte der BVG sollen regelmäßig die Möglichkeit bekommen,  
100 ihre Bedarfe anzumelden.

101 Der ÖPNV muss für alle bezahlbar sein. Deshalb setzen wir uns als GRÜNE JUGEND  
102 Berlin für einen einkommensabhängigen umlagefinanzierten ÖPNV ein. Kinder und  
103 Jugendliche sollen damit automatisch kostenlos mitfahren dürfen, sowie alle  
104 anderen ohne steuerpflichtiges Einkommen. Idealerweise soll das mit anderen  
105 Ländern koordiniert werden, sodass für andere Länder die gleichen Konditionen  
106 gelten.

107 Klar ist: für einen gut funktionierenden und ausgebauten ÖPNV braucht es mehr  
108 Geld! Das die CDU gerade hier kürzt, ist eine Frechheit. Die BVG muss noch mal  
109 deutlich besser finanziell ausgestattet werden.

110 Macht endlich die Fußwege sicher!

111 Egal ob auf dem Weg zum Einkauf, zur Schule, zur U-Bahnstation oder zum Auto:  
112 Alle Verkehrsteilnehmer\*innen nutzen Fußwege. Immer breitere Autostraßen haben  
113 vor allem das Zufußgehen immer anstrengender, enger und gefährlicher gemacht.  
114 Damit muss Schluss sein! Wir brauchen sichere und breite Gehwege sowie mehr  
115 sichere Fußgänger\*innenüberquerungen. Bordsteine müssen überall so abgesenkt  
116 werden, dass sie barrierearm werden und Gehwege so breit gestaltet werden, dass  
117 sie auch für Kinderwagen oder Rollatoren nutzbar sind. Dafür muss unser  
118 Straßenraum wieder umverteilt werden. Nur so können Unfälle und Konflikte  
119 zwischen Radfahrenden, Fußgänger\*innen und Gewerbebetreiber\*innen vermieden  
120 werden. Wir müssen unsere Straßen neu denken, bei Bedarf Parkplätze abschaffen  
121 und Fahrstreifen umwidmen. Die Einrichtung von Kiezblöcken ist dafür ein  
122 zentraler Bestandteil. Langfristig wollen wir eine möglichst autofreie Stadt.

123 Dazu gehört auch, dass Parkuhren wieder von Gehwegen entfernt werden, die  
124 Reinigung von Gehwegen im Winter Priorität hat und für ihre konsequente Räumung  
125 mehr Personal eingestellt wird. Gerade vor Schulen und Kindergärten braucht es  
126 Tempo-20-Zonen und sichere Fußgänger\*innenübergänge.

127 Durchgängige Fahrradinfrastruktur auch für die Außenbezirke!

128 Das Netz an Fahrradwegen muss weiter ausgebaut werden. Gerade an Bezirksgrenzen  
129 braucht es dafür eine bessere Zusammenarbeit. Um das Fahrradfahren attraktiver  
130 zu machen brauchen wir mehr sichere und breite Radwege , Radschnellwege sowie  
131 Fahrradstraßen, bei denen Fahrradfahrer\*innen Vorrang haben und der Grüne Pfeil  
132 für Radfahrer\*innen an möglichst vielen passenden Stellen eingeführt wird.

133 Außerdem fordern wir mehr Pedelecs und E-Lastenräder Angebote, sowie  
134 Förderprogramme für Studis und Azubis für den Kauf von Pedelecs. Bike-Sharing  
135 Angebote müssen auch endlich in Außenbezirken flächendeckend angeboten werden.

136 Um Sicherheit im Straßenverkehr zu gewährleisten, braucht es neben sicheren  
137 Fahrradwegen auch mehr Angebote, das sichere Fahrradfahren zu erlernen. Dafür  
138 müssen die Jugendverkehrsschulen finanziell besser ausgestattet sein und für  
139 alle Altersgruppen passende Angebote bieten. Begleitet werden soll das durch  
140 eine Kampagne für mehr Sicherheit im Radverkehr.

141 Klimaneutraler Lieferverkehr

142 Der Schienenverkehr soll eine zentrale Rolle in der Versorgung Berlins  
143 einnehmen. Logistikzentren und Gewerbegebiete müssen einen Bahnanschluss  
144 bekommen und durch diesen einen Großteil ihrer Waren beziehen können.  
145 Bahnanschlüsse müssen deshalb für neue Gewerbegebiete geplant und bei  
146 bestehenden Gebieten reaktiviert werden. Innerhalb der Stadt müssen Lastenräder  
147 eine zentrale Rolle beim Lieferverkehr einnehmen. Elektrische Kleintransporter  
148 dürfen nur in unausweichlichen Fällen eingesetzt werden.

149 Die Mobilitätswende schaffen wir nur gemeinsam!

150 Es gibt Menschen in Berlin, die auf ein Auto angewiesen sind. Ziel muss es sein,  
151 die Zahl derer auf ein Minimum zu verkleinern. Menschen, die langfristig auf ein  
152 Auto angewiesen sein werden, müssen dabei unterstützt werden ein E-Auto zu  
153 erwerben. Außerdem muss eine entsprechende Ladeinfrastruktur ausgebaut werden.

154 Damit Menschen auf den ÖPNV umsteigen, muss dieser attraktiver werden. Mit guten  
155 Bürger\*innenbeteiligungsformate auf Bezirks- und Landesebene muss ermöglicht  
156 werden, dass verschiedenen Bedürfnisse in dem Prozess hin zu einer echten  
157 Mobilitätswende miteinfließen.

158 Wir brauchen ein Konzept, wie der Autoverkehr Stück für Stück reduziert werden  
159 kann, das gemeinsam mit der Zivilgesellschaft in aufsuchender Beteiligung  
160 erarbeitet wird. Zentral ist zum Beispiel die Ausweitung von Carsharingangeboten  
161 auf die Außenbezirke, damit weniger Autos gebraucht werden.

162 Das aktuell ein Großteil aller Berliner Parkplatzflächen für Autos kostenlos  
163 nutzbar ist, ist eine ungerechte Subventionierung gegenüber dem ÖPNV und führt  
164 zu einer enormen Förderung des Autoverkehrs. Für Menschen, die nicht nachweisen,  
165 dass sie auf das Auto aus gesundheitlichen oder gewerblichen Gründen angewiesen  
166 sind, muss flächendeckend eine Parkraumbewirtschaftung eingeführt werden. Die  
167 Umwidmung von öffentlichen Parkplätzen soll nach Kopenhagener Modell zugunsten  
168 von Carsharing-Parkplätzen, Ladestationen, Fahrradabstellplätzen sowie  
169 Sitzgelegenheiten geschehen.

170 Ehemalige Autobesitzer\*innen sollen abhängig vom Kaufpreis eine einmalige  
171 Geldsumme gutgeschrieben bekommen, die sie entweder für ein ÖPNV-  
172 (Familien)ticket, stationäres Car-Sharing, Bike-Sharing oder den Kauf eines

173 Fahrrads, Lastenrads oder E-Bikes nutzen können. Neu geplante Kieze und  
174 Quartiere müssen ab sofort möglichst autoarm mit dem Vorbild der Stadt der  
175 kurzen Wege geplant werden. Wichtige Infrastruktur, wie Spielplätze, Parks,  
176 Grundschulen oder Kitas sind fußläufig zu erreichen und bieten öffentlichen Raum  
177 zur Erholung. Nur wenn sowohl in der Planung von Kiezen, als auch in der  
178 allgemeinen verkehrspolitischen Strategie einfache Kombinationen von  
179 verschiedenen, umweltfreundlichen Verkehrsmitteln im Zentrum stehen, können  
180 diese eine attraktive Alternative darstellen. Außerdem setzen wir uns für eine  
181 flächendeckende Einführung von Tempo 30 Zonen und Spielstraßen ein.

182 Da neue Autostraßen immer zu mehr Autoverkehr führen, setzen wir uns gegen den  
183 Weiterbau der A100 sowie der TVO ein. Wir lassen nicht zu, dass Autostraßen  
184 Clubs, Wohnungen, die Wuhlheide oder wichtige soziale Infrastruktur zerstören.  
185 Ebenso müssen wir Relikte der autogerechten Stadt überdenken. Wir befürworten  
186 den Rückbau der A104, der Potenzial für Wohnungsbau bietet. Dieser muss vor  
187 allem sozial und bezahlbar gestaltet werden.

188 Flugverkehr unattraktiv machen

189 Menschen, die in der Einflugschneise vom BER wohnen, leiden enorm unter dem  
190 ständigem Fluglärm. Damit ihnen zumindest eine ruhige Nacht gegönnt ist, setzen  
191 wir uns dafür ein, dass das Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr ausgeweitet wird.  
192 Berlin soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass kommerzielle  
193 Kurzstreckenflüge innerhalb Deutschlands langfristig verboten werden.  
194 Gleichzeitig muss der Ausbau von Bahnstrecken von und nach Berlin konsequent  
195 vorangetrieben werden, damit die Bahn durch Aus- und Neubau sowie mehr  
196 Nachtzügen – insbesondere durch Aus- und Neubau sowie mehr Nachtzüge – zur zum  
197 günstigsten und attraktivsten Mobilitätsoption wird.  
198 Während der Flugsport weiterhin erlaubt bleiben soll, dürfen große Privatjets  
199 nicht länger auf Kosten unserer Zukunft die Klimakrise anheizen. Deshalb fordern  
200 wir ein Verbot großer Privatjets am BER!

## Beschluss Keine abgeschirmten Massenunterkünfte in Berlin! Für ein menschenwürdiges Ankommen und Wohnen für Geflüchtete

Gremium: Landesmitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 23.03.2025  
Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

### Antragstext

- 1 Weg mit dem Ankunftszentrum Tegel!
- 2 Die Bedingungen, unter denen geflüchtete Menschen in Berlin ankommen und leben
- 3 müssen sind beschämend.
- 4 In den letzten Monaten haben investigative Recherchen die massiven Missstände im
- 5 Ankunftszentrum Tegel (TXL) aufgedeckt. Diese Missstände müssen unverzüglich
- 6 beendet werden. Menschen leben über Monate, teils schon über ein Jahr in einer
- 7 Massenunterkunft, in der sie keine Privatsphäre und kaum Schlaf finden. Sie sind
- 8 abgeschnitten von der Stadt und jeder Würde und Selbstständigkeit beraubt.
- 9 Bewohner\*innen berichten von ständiger Angst, massiver mentaler Belastung,
- 10 fehlenden Hilfsangeboten und Übergriffen durch das Sicherheitspersonal.
- 11 Unfähigkeit und/oder Unwillen der Berliner Behörden erschwert es den
- 12 Bewohner\*innen, eigenen Wohnraum und Erwerbsmöglichkeiten zu finden. Mindestens
- 13 175 Kinder in TXL konnten im vergangenen Jahr keine Schule besuchen.
- 14 Darüber hinaus muss es eine konsequente Aufarbeitung dessen geben, wie es zu den
- 15 inakzeptablen Zuständen in TXL kommen konnte. Der Senat muss die Verträge
- 16 zwischen Senat und der Betreiberin offen legen und die Taktik der Geheimhaltung
- 17 beenden!
- 18 Wir fordern die grüne Partei auf, alle politischen und parlamentarischen Mitteln
- 19 zur Aufarbeitung zu nutzen.
- 20 Wir fordern konkret zur Behebung der Missstände in TXL:
- 21 - Die Verträge zwischen Senat und der Betreiberin müssen offengelegt werden
- 22 - Geflüchtetenorganisationen, Journalist\*innen und Abgeordnete müssen dauerhaft
- 23 Zugang zu TXL erhalten
- 24 - Es braucht geeignete Räume und Ausstattung für die vor Ort tätigen
- 25 Mitarbeitenden und Ehrenamtlichen, besonders im Gesundheitswesen
- 26 - Sanitäranlagen müssen ausreichend gepflegt und die Hygienestandards regelmäßig
- 27 durch die Betreiberin kontrolliert werden
- 28 - Es braucht besondere Schutzkonzepte und -räume für vulnerable Gruppen wie
- 29 Kinder, Jugendliche und FINTA\*
- 30
- 31 - Es braucht verbesserte Unterbringung und möglichst barrierefreie Räume für
- 32 Menschen mit Behinderung und/oder chronischer Krankheit
- 33 - provisorisch muss der Schulunterricht für Kinder und Jugendliche vor Ort
- 34 gewährleistet werden und für Personen, die weiterführende Schulen,
- 35 Ausbildungsstätten und Universitäten besuchen muss es ausreichend geeignete
- 36 Lernräume geben.

37 Abgeschirmte Massenunterkünfte sind keine Lösung, sondern vollkommen ungeeignet  
38 für die Aufnahme geflüchteter Menschen. Daher fordern wir, dass das  
39 Ankunftszentrum Tegel so schnell wie möglich geschlossen wird. Wir fordern den  
40 Berliner Senat auf, einen konkreten und bindenden "Exit-Plan" zur schrittweisen  
41 Schließung von TXL vorzulegen.

42 Gemeinschaftsunterkünfte müssen echte Willkommenszentren werden!

43 Stattdessen brauchen wir dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten und -strukturen,  
44 die eine optimale Versorgung, Betreuung und Beratung von Geflüchteten  
45 sicherstellen. Gemeinschaftsunterkünfte sollten in den Kiezen verankerte Orte  
46 sein, die geflüchteten Menschen mehr bieten als nur eine Unterkunft. Sie müssen  
47 Willkommenszentren für den Start in ein neues Leben werden.

48 Dazu fordern wir konkret:

49 - Verbindliche bezirkliche Qualitätsstandards für Gemeinschaftsunterkünfte

50 - die Unterbringungskapazitäten müssen kinder- und jugendgerecht ausgebaut und  
51 der Schulbesuch ab dem ersten Tag und unabhängig des Aufenthaltsstatus  
52 sichergestellt werden

53 - geeignete Räume und Betreuungspersonal für geflüchtete Mädchen

54 - Therapeutische Angebote müssen ausgebaut werden und ausreichend für alle  
55 Ankommenden zur Verfügung stehen - besonders für Kinder und Jugendliche

56 - Einen Ausbau des MUF-Programms und die Erschließung weiterer geeigneter  
57 Flächen in den Bezirken

58 - Eine Aufstockung und langfristige Verstetigung der bezirklichen  
59 Integrationsfonds, damit wichtige Projekte in den Kiezen Planungssicherheit  
60 haben

61 - Eine Verstetigung des BENN-Programms

62  
63 - Ein frühzeitiger und niedrigschwelliger Zugang zu unabhängiger juristischer,  
64 psychologischer und Sozialberatung für alle Asylbewerber\*innen und Geflüchtete  
65 in allen Phasen des Verfahrens muss Anspruch und Mindeststandard unseres Rechts-  
66 und Sozialstaats sein

67 Wohnraum für Alle! Wohnungsnot von Geflüchteten beenden!

68 Gemeinschaftsunterkünfte können allerdings nur ein Angebot für die ersten Monate  
69 nach der Ankunft von Geflüchteten sein. Für ein selbstbestimmtes Leben für alle  
70 in dieser Stadt brauchen wir Wohnraum.

71 Es ist völlig inakzeptabel, dass anerkannte Geflüchtete Jahre in Gemeinschafts-  
72 unterkünften verbringen, weil sie keinen privaten Wohnraum finden.

73 Berlin braucht eine verpflichtende Strategie zur Beendigung der Wohnungsnot in  
74 der Stadt, die Geflüchtete ebenso wie andere von Wohnungslosigkeit bedrohte  
75 Gruppen mit einschließt. Zu dieser Strategie müssen zwingend folgende Maßnahmen  
76 gehören

77

78 - die Umsetzung des Volksentscheides "DW & Co." enteignen

79 - eine flächendeckende Leerstandsanalyse von freien Wohnräumen, als auch solchen

- 80 Räumen (z.B leerstehende Büros), welche zu Wohnungen umfunktioniert werden  
81 können.  
82 - die wirksame Bekämpfung zur Sanktionierung von Leerstand  
83 - ein bundesweiter Mietendeckel  
84 - der Ausbau von Housing-First-Projekten  
85 - eine migrationspezifische Mieter\*innenberatung

## Beschluss Keine Stadt ohne Kultur

Gremium: Landesmitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 23.03.2025  
Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

### Antragstext

1 Berlin ist weltweit als lebendige, vielfältige Stadt bekannt, in der die Kultur  
2 eine zentrale Rolle spielt. Doch besonders dieser Bereich ist von den Kürzungen  
3 des schwarz-roten Senats besonders betroffen. Kultur ist immer wichtig für den  
4 gesellschaftlichen Austausch und Zusammenhalt, besonders in schwierigen Zeiten  
5 wie diesen.. Umso wichtiger ist es, Kultur in der nächsten Legislatur wieder  
6 ernst zu nehmen und Strukturen wieder aufzubauen und zu stärken.

7 Kulturelle Angebote müssen wohnortnah und für alle zugänglich sein, um eine  
8 gerechte Teilhabe zu ermöglichen. Die Berliner Kultur muss diverser und  
9 inklusiver werden, sowohl in ihrer Struktur als auch in ihrer Förderung, um die  
10 unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen widerzuspiegeln. Dazu gehört auch  
11 die kritische Auseinandersetzung mit kolonialem Erbe und die Rückgabe von  
12 Raubkunst.

13 Kultur ist nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern auch ein sozialer und  
14 politischer Faktor. Sie trägt zur Identität der Stadt bei und bietet Raum für  
15 gesellschaftlichen Austausch und Diskussion. In dieser Hinsicht sind Clubkultur  
16 und kulturelle Bildung genauso wichtig wie die Unterstützung von  
17 Klimaschutzinitiativen innerhalb der Kulturbranche.

18 Die folgenden Forderungen skizzieren, wie eine zukunftsfähige, gerechte und  
19 nachhaltige Kulturpolitik für Berlin aussehen kann, die die Bedürfnisse der  
20 Kulturschaffenden und der Stadtgesellschaft berücksichtigt.

#### 21 Freie Kulturszene

22 Ein großer Teil der Berliner Kulturschaffenden ist nicht in institutionell  
23 geförderten Einrichtungen angestellt, sondern arbeitet in der Freien Szene.  
24 Diese Szene umfasst eine Vielzahl von Künstler\*innen, Kreativen und  
25 Kulturschaffenden, die unabhängig und flexibel in verschiedenen Bereichen wie  
26 Theater, Musik, bildende Kunst, Literatur, Tanz und anderen kulturellen  
27 Disziplinen tätig sind. Anders als die großen, oft staatlich unterstützten  
28 Kulturinstitutionen sind sie meist auf kurzfristige Projekte, Eigenfinanzierung  
29 und wenig vorhersehbare Einkommensquellen angewiesen.

30 Die Kulturförderung muss flexibler, unbürokratischer und bedarfsgerechter  
31 werden, um dieser Realität gerecht zu werden. Das bedeutet, dass  
32 Antragsverfahren vereinfacht und die Fördermittel dort eingesetzt werden müssen,  
33 wo sie am dringendsten benötigt werden. Es darf nicht sein, dass  
34 Kulturschaffende aufgrund komplexer Antragsprozesse oder starrer Förderkriterien  
35 auf der Strecke bleiben. Eine flexiblere Förderung würde es den Akteur\*innen der  
36 freien Szene ermöglichen, ihre Projekte schneller und mit weniger bürokratischem  
37 Aufwand umzusetzen, sodass kreative Ideen ohne unnötige Hindernisse realisiert  
38 werden können. Ebenso sollten Fördermittel gezielt an die spezifischen  
39 Bedürfnisse der Freien Szene angepasst werden, wie etwa die Förderung von  
40 Netzwerkbildung und die Stärkung von unabhängigen Strukturen und

41 Landesverbänden. Nur so kann die Vielfalt und Dynamik der Berliner  
42 Kulturlandschaft in ihrer ganzen Breite erhalten bleiben.

43 Zentrale Forderungen:

- 44 • Erhöhung der Fördermittel und schnellere Bereitstellung
- 45 • Aufbau eines großen Raumpools für Kunstschaffende und die Förderung  
46 unabhängiger Strukturen
- 47 • Zielgerichtete Unterstützung von kreativen Netzwerken

48 Transparenz in der Kulturförderung

49 Die Berliner Kulturförderung muss unbürokratisch und nachvollziehbar gestaltet  
50 werden, um allen Kulturschaffenden gleichermaßen den Zugang zu ermöglichen.  
51 Derzeit sind die Antragsverfahren oft komplex, und die Anforderungen für die  
52 Beantragung von Fördermitteln können schwer verständlich und übermäßig  
53 formalisiert sein. Dies stellt insbesondere kleinere Projekte und unabhängige  
54 Kulturschaffende vor große Herausforderungen, da sie oftmals über wenig  
55 administrative Ressourcen und Erfahrung im Umgang mit solchen Verfahren  
56 verfügen.

57 Es ist daher wichtig, die Antragsprozesse deutlich zu vereinfachen und  
58 transparenter zu gestalten. Die Förderkriterien sollten klar und verständlich  
59 kommuniziert werden, damit die Antragsteller\*innen genau wissen, welche  
60 Voraussetzungen erfüllt sein müssen und welche Kriterien bei der Auswahl der  
61 Förderprojekte berücksichtigt werden. Ein transparentes System würde auch  
62 bedeuten, dass die Gründe für die Annahme oder Ablehnung eines Antrags  
63 nachvollziehbar sind und nachvollzogen werden können.

64 Darüber hinaus sollte der gesamte Prozess der Kulturförderung von der  
65 Antragstellung bis hin zur Mittelvergabe möglichst schnell und effizient  
66 ablaufen. Ein unbürokratischer Zugang zu Fördermitteln würde es  
67 Kulturschaffenden ermöglichen, ihre Projekte ohne langwierige Verzögerungen und  
68 Unsicherheiten zu starten, was insbesondere für kurzfristige oder zeitkritische  
69 kulturelle Vorhaben von großer Bedeutung ist.

70 Zentrale Forderungen:

- 71 • Vereinfachung der Antragsverfahren
- 72 • Klarere und verständlichere Förderkriterien
- 73 • Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen
- 74 • Schnelle und effiziente Mittelvergabe

75 Wohnortnahe Kultur

76 Wohnortnahe Kultur ist ein zentraler Bestandteil von inklusiven und lebendigen  
77 Kiezen. Kulturelle Angebote direkt in der Nachbarschaft ermöglichen es den  
78 Anwohner\*innen, unabhängig von ihrem sozioökonomischen Hintergrund und ihrer  
79 Mobilität, an kulturellen Aktivitäten teilzunehmen. Diese Form der  
80 Kulturförderung schafft nicht nur Zugang zu kulturellen Erlebnissen, sondern

81 fördert auch den Austausch zwischen Kulturschaffenden und den Menschen, die in  
82 einem bestimmten Stadtteil leben. In einem solchen Umfeld können sich kreative  
83 Ideen entwickeln und gemeinsam mit den Bewohnerinnen des Kiezes an deren  
84 Bedürfnissen und Wünschen orientiert werden.

85 Darüber hinaus trägt wohnortnahe Kultur aktiv zur Gestaltung und Identität der  
86 jeweiligen Kieze bei. Sie ermöglicht es, öffentliche Räume zu beleben, das  
87 soziale Miteinander zu stärken und einen Raum für Begegnung und Austausch zu  
88 schaffen. Solche kulturellen Angebote können in vielen Formen auftreten – von  
89 kleinen lokalen Ausstellungen und Konzerten bis hin zu größeren Kulturfesten  
90 oder interaktiven Projekten, die den Stadtteil aktiv einbeziehen.

91 Die Förderung solcher Projekte ist besonders wichtig, um auch Menschen zu  
92 erreichen, die möglicherweise keinen Zugang zu zentraleren, großen  
93 Kultureinrichtungen haben. Hierdurch wird Kultur für alle zugänglich gemacht und  
94 gleichzeitig ein Beitrag zur sozialen Kohäsion und zur Förderung eines  
95 vielfältigen, bunten Stadtlebens geleistet.

96 Zentrale Forderungen:

- 97 • Kiezorientierte Kulturprojekte
- 98 • öffentliche Räume mehr für kulturelle Angebote öffnen
- 99 • Förderung von kulturellen Angeboten in den Kiezen

100 Diversität in der Kultur

101 Die Kulturpolitik in Berlin muss eine feministische und diversitätsorientierte  
102 Perspektive einnehmen, um die Vielfalt der Gesellschaft widerzuspiegeln und  
103 strukturelle Ungleichheiten abzubauen. Die Berliner Kulturlandschaft, sowohl in  
104 den etablierten Institutionen als auch in der freien Szene, ist noch immer von  
105 einer überwiegenden weißen, männlichen und heteronormativen Dominanz geprägt,  
106 besonders in den Führungsetagen und in den Bereichen, die über Ressourcen und  
107 Fördermittel entscheiden. Diese strukturellen Ungleichgewichte müssen aktiv  
108 verändert werden, um die Vielfalt der Stadtgesellschaft widerzuspiegeln und  
109 allen Kulturschaffenden gleiche Chancen zu bieten.

110 Diversität in der Kultur bedeutet, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft,  
111 Geschlechter, sexueller Orientierungen, sozialer Hintergründe und  
112 Lebensrealitäten nicht nur in der breiten Öffentlichkeit, sondern auch in den  
113 Entscheidungsprozessen vertreten sind. Dies gilt sowohl für die Zusammensetzung  
114 von Teams in kulturellen Einrichtungen als auch für die Vergabe von  
115 Fördermitteln. Es müssen verbindliche Zielvereinbarungen für mehr Diversität in  
116 den Personalstrukturen von Kultureinrichtungen und -projekten eingeführt werden,  
117 um Chancengleichheit zu gewährleisten. Ebenso sind  
118 Antidiskriminierungsschulungen für Personalverantwortliche und  
119 Entscheidungsträger\*innen notwendig, um sicherzustellen, dass Diskriminierung  
120 und Vorurteile aktiv abgebaut werden.

121 Um eine gerechtere und inklusivere Kulturpolitik zu erreichen, muss Diversität  
122 als wesentliches Kriterium bei der Vergabe von Fördermitteln berücksichtigt  
123 werden. Nur so können kulturelle Institutionen und Projekte geschaffen werden,

124 die wirklich alle Menschen erreichen und eine Kultur des Miteinanders und der  
125 Anerkennung fördern.

126 Zentrale Forderungen:

- 127 • Verbindliche Zielvereinbarungen für mehr Diversität in Kultureinrichtungen
- 128 • Antidiskriminierungsschulungen
- 129 • Schwerpunktförderungen für FINTA\*s und BIPOCs

130 Koloniales Erbe Berlins aufarbeiten

131 Deutschland muss endlich Verantwortung für seine koloniale Vergangenheit  
132 übernehmen, insbesondere im Hinblick auf die Raubkunst, die in vielen deutschen  
133 Museen, einschließlich der Berliner Museen, ausgestellt wird. Diese Objekte, die  
134 einen erheblichen kulturellen und historischen Wert für die  
135 Herkunftsgesellschaften haben, wurden während der Kolonialzeit ohne Zustimmung  
136 oder fairen Austausch aus ihren Heimatländern entfernt. Die Ausstellung dieser  
137 Objekte in Berliner Museen, besonders im Humboldt Forum, stellt ein weiteres  
138 Zeugnis dieser kolonialen Ausbeutung dar.

139 Es ist längst überfällig, dass Deutschland diese Geschichte anerkennt und  
140 Verantwortung übernimmt. Der erste Schritt muss die Rückgabe der Raubkunst an  
141 die Herkunftsländer sein. Kein Objekt sollte mehr in deutschen Museen  
142 ausgestellt werden, wenn nicht eindeutig geklärt werden kann, dass es nicht  
143 unter kolonialen Bedingungen entwendet wurde. Zudem müssen ernsthafte Gespräche  
144 mit den betroffenen Staaten und Gemeinschaften geführt werden, um die Objekte  
145 respektvoll und unter fairen Bedingungen zurückzugeben.

146  
147 Neben Kulturgütern befinden sich in Berlin noch mehrere tausend Gebeine aus den  
148 ehemaligen Kolonien, in Universitäten, Museen und der Charité. Hier muss endlich  
149 eine Aufarbeitung stattfinden: Alle entsprechenden Objekte müssen identifiziert  
150 und im Austausch mit den Nachfahren beziehungsweise den betroffenen Communities  
151 ein würdiger Umgang gefunden werden.

152 Die Auseinandersetzung mit kolonialem Erbe ist ein notwendiger Schritt auf dem  
153 Weg zu einer gerechteren und inklusiveren Gesellschaft. Es geht dabei nicht nur  
154 um die Rückgabe von Kunstwerken, sondern auch um die Anerkennung des Unrechts,  
155 das mit der kolonialen Ausbeutung verbunden war. Dazu soll an einem zentralen  
156 Ort in Berlin ein Mahnmal errichtet werden, das an die Opfer des Kolonialismus  
157 erinnert. Deutschland muss als ein Land, das sich zur Verantwortung für seine  
158 Geschichte bekennt, eine führende Rolle in der internationalen Debatte über  
159 Restitution und die Aufarbeitung kolonialer Vergehen übernehmen.

160 Zentrale Forderungen:

- 161 • Rückgabe von kolonialer Raubkunst an die Herkunftsgesellschaften
- 162 • Rückgabe von menschlichen Gebeinen an die Herkunftsgesellschaften
- 163 • Kritische Hinterfragung der Gedenkkultur
- 164 • Einrichtungen eines Mahnmals für die Opfer des Kolonialismus

165 Clubkultur

166 Clubs sind nicht nur wichtige Kulturstätten, sondern auch bedeutende Orte für  
167 soziale und politische Prozesse. Sie bieten Raum für kreative Ausdrucksformen,  
168 kulturelle Vielfalt und gesellschaftliche Auseinandersetzungen. Die Berliner  
169 Clubkultur ist immaterielles Weltkulturerbe und damit auch ein zentraler  
170 Bestandteil der kulturellen Identität der Stadt und zieht jährlich  
171 hunderttausende Besucher\*innen aus aller Welt an. Ihre Vielfalt und Kreativität  
172 tragen wesentlich zur urbanen Lebensqualität bei. Um diese einzigartige Szene  
173 langfristig zu erhalten, braucht es eine Kulturpolitik, die ihre Räume schützt  
174 und ihre Entwicklung aktiv fördert.

175 Ein wichtiger Schritt ist der Baustopp des 17. Bauabschnittes A100, um  
176 kulturelle Räume und soziale Treffpunkte wie Clubs zu erhalten, anstatt komplett  
177 aus der zeitgefallene Verkehrsprojekte der 50er umzusetzen. Zudem sollte auf  
178 Bundesebene eine Änderung des Baugesetzbuches (BauGB) angestrebt werden, um  
179 Clubs als feste Bestandteile der urbanen Kultur zu schützen und ihre rechtliche  
180 Anerkennung zu stärken. Diese Maßnahmen helfen, die kulturelle Vielfalt in der  
181 Stadt zu bewahren.

182 Zentrale Forderungen:

- 183 • Baustop des 17. Bauabschnittes A100
- 184 • Änderung des Baugesetzbuches
- 185 • Erhöhung des Schallschutzfonds und Zwischennutzungskonzepte
- 186 • Raves und sonstige Open-Air-Events rechtssicher und bürokratiearm zu  
187 ermöglichen

188 Kulturelle Bildung für alle

189 Kulturelle Bildung soll nicht nur in der Schule stattfinden, sondern auch  
190 außerhalb von klassischen Bildungseinrichtungen zugänglich sein. Besonders  
191 wichtig ist es, selbstorganisierte Projekte von Kindern und Jugendlichen in  
192 ihren Kiezen zu fördern, da diese oft die größten Chancen bieten, die  
193 Kreativität und das Engagement junger Menschen zu wecken. Solche Projekte  
194 ermöglichen den Teilnehmer\*innen, eigene Ideen zu entwickeln, die lokale  
195 Gemeinschaft zu gestalten und mit anderen Menschen in ihrem Umfeld in Austausch  
196 zu treten.

197 Durch die Förderung dieser Projekte erhalten Kinder und Jugendliche nicht nur  
198 Zugang zu kulturellen Ausdrucksformen, sondern lernen auch wichtige soziale und  
199 organisatorische Fähigkeiten. Dies stärkt das Gemeinschaftsgefühl und  
200 unterstützt die Entwicklung von Verantwortung, Eigeninitiative und Teamarbeit.  
201 Es ist wichtig, dass Anlaufstellen für solche Projekte geschaffen werden, die  
202 Unterstützung sowohl auf finanzieller als auch auf personeller Ebene bieten, um  
203 jungen Menschen in ihrem kreativen Schaffen zur Seite zu stehen. Diese Art der  
204 kulturellen Bildung sollte gezielt in benachteiligten Stadtteilen gefördert  
205 werden, um allen Jugendlichen unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund gleiche  
206 Chancen zu bieten.

207 Zentrale Forderungen:

- 208 • Förderung selbstorganisierter kultureller Projekte von Kindern und  
209 Jugendlichen
- 210 • Einrichtung von Anlaufstellen zur Unterstützung solcher Projekte
- 211 • Erhöhung des Projektfonds Kulturelle Bildung und Erweiterung der Kinder-  
212 und Jugendjurs

## Beschluss Leitantrag: Wem gehört die Stadt?

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: 10. Leitantrag

### Antragstext

- 1 Wenn man sich in Berlin umschaute, fragt man sich schnell: Für wen wird hier
- 2 eigentlich noch Politik gemacht? Für die Bewohner:innen unserer Stadt – oder
- 3 doch für Konzerne und reiche Investor:innen? Der Berliner Senat spart als erstes
- 4 an sozialen und kulturellen Einrichtungen, setzt den Volksentscheid “DWE & Co.
- 5 enteignen” nicht um, wodurch der Wohnungsmarkt immer noch einem Spießrutenlauf
- 6 gleicht. Jungen Menschen werden systematisch die Räume genommen, während
- 7 Wohnraum zum Spekulationsobjekt verkommt.
  
- 8 Als GRÜNE JUGEND Berlin werden wir dem Ausverkauf der Stadt nicht tatenlos
- 9 zusehen. Auf unserer Landesmitgliederversammlung “Wem gehört die Stadt”
- 10 beschäftigen wir uns damit, wie wir unsere Stadt wieder zurückholen können!
  
- 11 Wohnen ein Grundrecht – Wir sagen Spekulation den Kampf an!
  
- 12 Berlin ist längst zum Spielball von Investor\*innen und Konzernen geworden, die
- 13 mit Wohnraum spekulieren, während immer mehr Menschen unter steigenden Mieten
- 14 und Verdrängung leiden. Die Konsequenz: Menschen mit geringem Einkommen,
- 15 Studierende, Azubis und Obdachlose werden systematisch aus der Stadt verdrängt,
- 16 während Luxussanierungen und Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen die
- 17 soziale Spaltung weiter verschärfen.
  
- 18 Doch diese Krise ist kein Naturgesetz – sie ist politisch gemacht. Statt sich
- 19 den Profitinteressen der Immobilienwirtschaft zu unterwerfen, braucht Berlin
- 20 endlich eine radikale Wende hin zu einer sozialen und gerechten Wohnungspolitik.
- 21 Der Schutz bestehender Mietverhältnisse muss oberste Priorität haben. Wir
- 22 fordern daher einen sofortigen Mietestopp nach Münchner Vorbild für sechs Jahre
- 23 mit anschließender Prüfung auf Verlängerung. Auf Bundesebene braucht es einen
- 24 Mietendeckel nach Berliner Vorbild.
  
- 25 Doch es reicht nicht, den Mietenwahnsinn nur einzudämmen – der Wohnungsmarkt
- 26 muss grundsätzlich neu ausgerichtet werden. Berlin braucht eine
- 27 Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne wie Deutsche Wohnen & Co. Wir
- 28 fordern den schwarz-roten Senat auf den Volksentscheid Deutsche Wohnen Co.
- 29 enteignen umzusetzen und fordern weitergehende rechtliche Prüfungen von weiteren
- 30 Möglichkeiten von Vergesellschaftung. Nur so kann sichergestellt werden, dass
- 31 Wohnraum nicht länger als Spekulationsobjekt dient. Gleichzeitig dürfen keine
- 32 öffentlichen Wohnungen mehr privatisiert werden – langfristig müssen mindestens
- 33 70 % des Wohnraums in landeseigener oder genossenschaftlicher Hand sein.
- 34 Landeseigene Unternehmen müssen demokratisiert, beispielsweise durch
- 35 Mieter\*innenbeiräte, werden.
  
- 36 Leerstand und spekulativer Wohnungsbesitz müssen konsequent bekämpft und
- 37 sanktioniert werden. In einer Stadt in der Wohnraum knapp ist, darf es keinen
- 38 Leerstand geben. Gebäude, die über sechs Monate leer stehen, sollen
- 39 vergesellschaftet und für soziale Wohnprojekte genutzt werden.
  
- 40 Wohnraum ist in Berlin nicht nur teuer, sondern auch knapp. Deshalb braucht es
- 41 eine Neubauoffensive der landeseigenen Wohnungsunternehmen. Diese soll auch den

42 Anteil des Wohnraums in öffentlicher Hand dauerhaft erhöhen. Klar ist auch: Wenn  
43 Bauen billiger ist, kann mehr (günstiger) Wohnraum entstehen. Bauvorschriften,  
44 die nicht dem Klimaschutz oder der Barrierefreiheit dienen, müssen, wo sinnvoll,  
45 reduziert werden.

46 Bauen ist bisher sehr klimaschädlich und weit vom Ziel der Klimaneutralität  
47 entfernt. Insbesondere beim Neubau muss deshalb klimagerecht gebaut werden.  
48 Neben dem Neubau muss auch andere Möglichkeiten zur Schaffung von Wohnraum  
49 genutzt werden: Büroflächen sollen zu Wohnraum umgebaut werden, es muss mehr  
50 Anreize zum Substanzerhalt und zu Bauen im Bestand geben. Zudem braucht es ein  
51 gesetzlich verankertes Recht auf Wohnungstausch unter gleichbleibenden  
52 Mietkonditionen. Schließlich muss der Neubau endlich am Bedarf ausgerichtet  
53 werden, anstatt den Immobilienmarkt weiter mit Luxuswohnungen zu füttern.  
54 Landeseigene Wohnungsunternehmen müssen verpflichtet werden, ihre Neubauplanung  
55 langfristig an soziale Bedarfe anzupassen. Damit auch private  
56 Immobilienentwickler zu mehr sozialem Wohnungsbau verpflichtet sind, fordern wir  
57 eine Ausweitung des Neuköllner Modells auf ganz Berlin und eine Erhöhung der  
58 Quote für mietpreisgebundenen Wohnraum im Berliner Modell auf 50%. Der Neubau  
59 von Mikroapartments soll berlinweit verboten werden.

60 Bei der Neuvermietung von Gewerbeflächen der LWUs sind Organisationen der Freien  
61 Wohlfahrtspflege prioritär zu berücksichtigen. Träger aus der freien Wohlfahrt  
62 haben bei der Anmietung von Gewerbeflächen immer Vorrang vor potenziellen  
63 Mietern aus der Privatwirtschaft. Als Eigentümer und Gesellschafter der LWUs  
64 setzt das Land Berlin in diesem Zusammenhang ein Verfahren auf, das rechtssicher  
65 gewährleistet, dass die Gewerbemieten für Träger der Freien Wohlfahrt einem  
66 eigenen Leistbarkeitsprinzip unterliegen. Auch die Umwandlung von Gewerbeflächen  
67 in Wohnraum muss erleichtert werden, damit ungenutzte Bürogebäude nicht weiter  
68 leer stehen, während tausende Menschen eine bezahlbare Wohnung suchen.

69 Wohnungs- und Obdachlosigkeit sind keine individuellen Schicksale, sondern das  
70 direkte Ergebnis einer kapitalistischen Wohnungspolitik, die Profite über  
71 Menschen stellt. Während Immobilienkonzerne mit Wohnraum spekulieren und  
72 tausende Wohnungen bewusst leer stehen lassen, werden immer mehr Menschen aus  
73 ihren Wohnungen verdrängt oder finden erst gar keinen Zugang zu sicherem  
74 Wohnraum. Diese Krise ist politisch gemacht – und sie kann nur politisch gelöst  
75 werden!

76 Wir fordern daher das Verbot von Zwangsräumungen, den massiven Ausbau von  
77 Housing First-Projekten, ausreichende Ausstattung und Unterstützung von  
78 Notunterkünften, die langfristige Perspektiven bieten - dazu gehört  
79 psychologische Betreuung, medizinische Versorgung, Dolmetschangebote und  
80 Unterstützung beim Übergang in eine dauerhafte Wohnsituation.

81 Wir verurteilen die Vertreibung von Menschen in der Obdachlosigkeit durch  
82 Polizei, Ordnungsamt und Bahn aufs Schärfste!  
83 Kälte und mit dem Klimawandel auch zunehmend Hitze konfrontieren Obdachlose in  
84 Berlin mit besonderen Problemen. Es braucht dringend Kälte- und  
85 Hitzeschutzpläne und deren konsequente Umsetzung - Ausbau von Kälte- und  
86 Hitzebussen, flächendeckende Verfügbarkeit von Wasserspendern, Verfügbarkeit von  
87 öffentlichen Orten zum Abkühlen bzw. Aufwärmen sowie kostenlose Versorgung.  
88 Menschenfeindliche Architektur soll sofort zurückgebaut werden.  
89 Es braucht insbesondere Schutz für marginalisierte Gruppen - das bedeutet  
90 geschützte Unterkünfte, gezielte Unterstützungsangebote und Schutzkonzepte.

91 Die Ursache ist systemisch: Das repressive Asyl- und Aufenthaltsrecht treibt  
92 Menschen in die Illegalität und so auf die Straße. Wir brauchen ein offenes und  
93 menschenrechtsorientiertes Migrationsrecht, um Menschen den Weg in Wohnungen und  
94 soziale Unterstützung zu ebnen. Wir brauchen ein menschenwürdiges Sozialsystem,  
95 das Wohnungs- und Obdachlosigkeit verhindert. Wohnen ist ein Menschenrecht - und  
96 das gilt für alle.

97 Berlin gehört nicht den Investor\*innen – Berlin gehört uns allen! Es ist höchste  
98 Zeit, den Wohnungsmarkt dem Kapital zu entreißen und Wohnen wieder als  
99 Grundrecht durchzusetzen.

100 Jugend braucht (T)Räume – Tempelhofer Feld, Wuhlheide, Emmauswald und queere  
101 Jugendclubs erhalten!

102 Jugendliche benötigen Räume, in denen sie sich entfalten, treffen und ihre  
103 Freizeit gestalten können – und das ohne Geld zu zahlen. In Berlin sind das  
104 Tempelhofer Feld, die Wuhlheide und der Emmauswald wichtige, konsumfreie Orte  
105 für junge Menschen. Zudem bieten queere Jugendclubs unverzichtbare Rückzugsorte  
106 und Anlaufstellen für LGBTQIA\*-Jugendliche. Diese Räume sind jedoch durch  
107 städtische Entwicklungspläne und finanzielle Kürzungen bedroht.

108 Das Tempelhofer Feld bleibt in seiner Gesamtheit als öffentlich zugänglicher  
109 Freiraum erhalten. Jegliche Bebauungspläne werden abgelehnt, um die Bedeutung  
110 des Feldes als Erholungs- und Freizeitfläche für Jugendliche zu sichern.

111 Die Wuhlheide wird als naturnaher Erholungsraum geschützt und wir fordern den  
112 Erhalt. Außerdem sind wir gegen den Bau der Tangentialen Verbindung Ost, welcher  
113 einen großen Teil der Wuhlheide zerstören würde.

114 Der Emmauswald wird vor jeglicher Bebauung bewahrt, um seine Funktion als grünen  
115 Rückzugsort in Neukölln zu erhalten.

116 Die Kürzungen bei den queeren Jugendzentren verurteilen wir. Queere Jugendclubs  
117 müssen finanziell und strukturell unterstützt werden, um ihre wichtige Arbeit  
118 für queere Jugendliche fortsetzen zu können.

119 Zusätzlich fordern wir weitere konsumfrei Freiräume für Jugendliche,  
120 insbesondere in dicht besiedelten Stadtteilen, um dem Bedarf an Treffpunkten und  
121 Freizeitmöglichkeiten gerecht zu werden. Wir fordern, dass Jugendliche aktiv in  
122 die Planung und Gestaltung von Freiräumen miteinbezogen werden, um  
123 sicherzustellen, dass ihre Bedürfnisse und Wünsche berücksichtigt werden.

124 #unkürzbar – Gegen die schwarz-rote Sparpolitik und den Ausverkauf unserer  
125 Demokratie

126 Die schwarz-rote Koalition in Berlin streicht Gelder in genau den Bereichen, die  
127 jungen Menschen Perspektiven bieten: Bildung, Jugend, Kultur und  
128 Demokratieförderung. Diese Kürzungen bedeuten weniger Räume für Begegnung,  
129 weniger Möglichkeiten zur Mitbestimmung und weniger Chancen auf eine gute  
130 Zukunft. Wer hier spart, zerstört die Grundlagen für ein solidarisches und  
131 lebendiges Berlin.

132 Besonders hart trifft es Jugendclubs, politische Bildungsarbeit und  
133 Schulsozialarbeit. Viele Jugendclubs stehen vor der Schließung, weil Gelder für  
134 Sanierungen gestrichen wurden. In der Jugendarbeit fehlen bereits 50 Millionen  
135 Euro – das bedeutet weniger Ferienfreizeiten und weniger Möglichkeiten für

136 Kinder und Jugendliche, sich unabhängig vom Geldbeutel der Eltern zu entfalten.  
137 Besonders betroffen sind migrantische Jugendliche, die überdurchschnittlich oft  
138 in finanziell prekären Verhältnissen leben. Wenn kostenfreie Freizeitangebote  
139 gestrichen werden, trifft das besonders sie, da ihre Familien sich teure  
140 Alternativen nicht leisten können. So wird soziale Ungleichheit weiter  
141 verschärft und Teilhabe an Bildung und Kultur gezielt erschwert. Schüler\*innen  
142 aus sozial schwächeren Familien werden benachteiligt, weil Klassenfahrten und  
143 außerschulische Angebote gekürzt werden. Während der Lehrkräftemangel immer  
144 größer wird, will der Senat 100 Millionen Euro bei den Hochschulverträgen  
145 einsparen – das sorgt dafür, dass noch weniger junge Menschen Lehramt studieren  
146 können und der Personalmangel an Schulen weiter eskaliert.

147 Auch in der Kultur zeigt sich die soziale Kälte dieser Politik. Über 130  
148 Millionen Euro Einsparungen bedeuten, dass viele Kulturprojekte, die jungen  
149 Menschen einen Zugang zu Kunst und Kreativität ermöglichen, bedroht sind.  
150 Musikschulen, die für viele Kinder oft der einzige bezahlbare Weg sind, ein  
151 Instrument zu lernen, verlieren dringend benötigte Mittel. Immer mehr  
152 Musiklehrerinnen wechseln den Beruf, weil sie keine sichere Anstellung bekommen  
153 – damit verlieren Schülerinnen ihre Lehrkräfte und die Chance auf kulturelle  
154 Bildung.

155 Besonders problematisch ist der Angriff auf Demokratie- und  
156 Antidiskriminierungsprojekte. Der interkulturelle Verein KiGA e.V., der mit  
157 Bildungsprogrammen gegen Antisemitismus und Rassismus arbeitet, steht vor  
158 finanziellen Schwierigkeiten. Die muslimisch-jüdische Initiative „meet2respect“,  
159 die mit Dialogformaten Brücken zwischen religiösen Gemeinschaften baut, verliert  
160 ihre Förderung. Auch die Urania Berlin, ein zentraler Ort für gesellschaftliche  
161 Debatten und politische Bildung, ist von Kürzungen betroffen. Gerade  
162 migrantische Jugendliche profitieren von solchen Angeboten, da sie oft mehrfach  
163 von Diskriminierung betroffen sind. Wer diese Programme streicht, nimmt ihnen  
164 wichtige Schutzräume und macht es ihnen schwerer, sich gegen rassistische und  
165 soziale Ausgrenzung zu wehren. Diese Angriffe auf Projekte, die aktiv gegen  
166 Diskriminierung kämpfen, sind ein direkter Schaden für unsere Demokratie. Denn  
167 wo Rassismus, Antisemitismus und Queerfeindlichkeit nicht bekämpft werden, dort  
168 gewinnen rechte und reaktionäre Kräfte an Boden. Eine inklusive und vielfältige  
169 Gesellschaft braucht starke Strukturen – genau die werden jetzt untergraben.

170 Diese Kürzungen sind nicht nur unsozial, sie sind auch gefährlich. Eine  
171 Gesellschaft, die ihren Jugendzentren, Kulturangeboten und Demokratieprojekten  
172 den Hahn abdreht, überlässt Jugendlichen Frustration und Perspektivlosigkeit.  
173 Rechtsextreme und andere demokratiefeindliche Kräfte nutzen genau diese Lücken  
174 aus: Wo der Staat sich zurückzieht, gewinnen sie an Einfluss. Wenn politische  
175 Bildungsarbeit gekürzt wird, fehlt jungen Menschen das Rüstzeug, sich gegen  
176 rechte Hetze zu wehren. Wenn Jugendclubs und soziale Projekte schließen, suchen  
177 sich junge Menschen andere Räume – und finden dort oft Angebote, die nicht für  
178 Vielfalt und Demokratie stehen. Sparpolitik ist also nicht nur unsozial, sie  
179 öffnet auch Tür und Tor für Rechtsruck und Extremismus.

180 Wir sagen: Das dürfen wir nicht zulassen! Berlin muss in seine Jugend  
181 investieren – nicht in Kürzungen, sondern in Zukunft.

182 Unsere Forderungen:

- 183 • Rückgängigmachung aller Kürzungen im Bildungs-, Jugend-, Kultur- und  
184 Demokratiebereich.
- 185 • Sicherstellung der Finanzierung von Kinder- und Jugendarbeit,  
186 Jugendsozialarbeit und Familienförderung – ohne Abstriche oder  
187 Verzögerungen.
- 188 • Garantierte tarifliche Bezahlung für freie Träger im sozialen Bereich.
- 189 • Erhalt und Ausbau von Demokratieprojekten, insbesondere  
190 Antidiskriminierungs- und politische Bildungsprojekte wie KiGA e.V.,  
191 „meet2respect“ und die Urania Berlin.
- 192 • Keine Streichungen bei den Hochschulverträgen – stattdessen ein  
193 ambitioniertes Programm zur Ausbildung neuer Lehrkräfte.
- 194 • Investition von mindestens 20 Millionen Euro in Musikschulen, um  
195 Musikschullehrkräfte fest anzustellen und kulturelle Bildung für alle  
196 zugänglich zu machen.
- 197 • Keine Einsparungen im Kulturretat – stattdessen eine gezielte Förderung von  
198 Kunst- und Kulturangeboten, insbesondere für die Freie Szene.
- 199 • Aufhebung der Schuldenbremse auf Bundesebene, um notwendige Investitionen  
200 in Bildung, Kultur und Soziales zu ermöglichen. Die Grünen dürfen dort  
201 keine falschen Kompromisse machen!

202 Diese Kürzungen sind ein Angriff auf die soziale und demokratische Substanz  
203 Berlins. Wir werden nicht zulassen, dass diese Stadt kaputtgespart wird. Es ist  
204 Zeit für Widerstand gegen diese Politik – #unkürzbar!

## Beschluss Voten der Grünen Jugend Berlin

Gremium: Landesmitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 23.03.2025  
Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

### Antragstext

1 Junge, kompetente Menschen in die Parlamente – Die GRÜNEN JUGEND Berlin erhebt  
2 Anspruch auf drei Plätze für das Berliner Parlament!

3 Im Herbst 2026 werden in Berlin sowohl die Bezirksverordnetenversammlungen als  
4 auch das Abgeordnetenhaus neu gewählt. Als Grüne Jugend Berlin kämpfen wir  
5 darum, junge, linke und engagierte Menschen in die Parlamente zu bringen.

6 Von BÜNDNIS 90/ Die Grünen Berlin erwarten wir Unterstützung und Kooperation  
7 dabei, junge Menschen in die Parlamente zu bringen um die Repräsentation und die  
8 thematische Auseinandersetzung mit Themen dieser Generationen zu gewährleisten.

9 Wir kämpfen eben nicht nur auf der Straße und in Bündnissen für eine gerechtere  
10 und nachhaltigere Welt, sondern auch in Parlamenten. Ein wichtiges Instrument  
11 ist für uns die Teilhabe an demokratischen Prozessen, um für eine sozial  
12 gerechte, zukunftsorientierte und gerechte Stadt zu kämpfen.

13 Abgeordnetenhaus

14 Die Liste für das Abgeordnetenhaus wird auf einer  
15 Landesmitgliederversammlung/Landesdelegiertenkonferenz gewählt. Solange das  
16 Quorum von 10% Anwesenheit der Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen Berlin  
17 erreicht ist, dürfen alle Mitglieder mitwählen. Daher wollen wir zahlreich  
18 vertreten sein, denn jede Stimme für unsere Kandidat\*innen zählt.

19 Unser langfristiger Anspruch ist möglichst vieeles, dass im Berliner Parlament  
20 genauso wie in der Berliner Zivilgesellschaft circa ein Drittel junge Menschen  
21 vertreten sind. Davon sind wir im Berliner Parlament und in der Grünen Fraktion  
22 Berlin noch weit entfernt. Deshalb werden wir für drei junge kämpferische  
23 Kandidat\*innen der GJ Berlin auf der Landesliste der Grünen Berlin für die  
24 Abgeordnetenhauswahl und ihren Einzug ins Abgeordnetenhaus streiten.

25 Aus diesem Grund wollen wir auf unserer Landesmitgliederversammlung im Herbst  
26 2025 drei Voten vor der Listenaufstellung der Grünen Berlin vergeben. Davon sind  
27 basierend auf unserem FINTA\*-Statut laut Quotierung zwei FINTA\* Plätze und einen  
28 offener Platz.

29

30 Wir fordern zudem eine finanzielle Abgabe von 2% der Abgeordnetendiäten an die  
31 Grüne Jugend Berlin. Diese 2% sollen, wenn möglich, aus den Mandatsabgaben an  
32 den LV verrichtet werden, um keine Mehrbelastung zu erzeugen.

33

34 Wahlkampf

35

36 Über die Votenvergabe hinaus setzen wir uns als Grüne Jugend Berlin aktiv im  
37 Wahlprogrammprozess von Bündnis90/die Grünen Berlin für junge und linke  
38 Perspektiven ein. Um die inhaltliche Aufstellung der Grünen Partei zu  
39 beeinflussen, haben wir unseren eigenen Wahlprogrammprozess aufgesetzt. Auf  
40 diese Weise wollen wir unsere gesamte Basis der Grünen Jugend Berlin in den

41 Prozess mit einbinden und die Themen, für die sich unsere Verhandler\*innen  
42 einsetzen, basisdemokratisch beschließen.

43

44 Als unabhängige und basisdemokratisch organisierte Jugendorganisation fahren wir  
45 seit Jahren eigenständige (Wahlkampf-)Kampagnen, welche spezifisch auf junge  
46 Menschen ausgelegt sind. Unsere GJ-Votenträger\*innen werden als unsere  
47 Kandidat\*innen ein wichtiger Teil der Kampagne für die Abgeordnetenhauswahl 2026  
48 sein. Wir ermutigen unsere Mitglieder, unsere Kampagne und unsere  
49 Kandidat\*innen, welche sie selbst gewählt haben, aktiv zu unterstützen.  
50 Grundsätzlich bleibt für uns jedoch wichtig: Jedes Mitglied kann selbstbestimmt  
51 über die Ausprägung, Intensität sowie Art und Weise seines Wahlkampfes  
52 entscheiden.

53 Bezirksverordnetenversammlung

54 Als Landesverband haben wir keine Wirkungsmacht in den Bezirken. Die Vergabe von  
55 Voten für die BVVen bleibt Entscheidung und Zuständigkeit der Bezirksguppen der  
56 Grünen Jugend Berlin auf Grundlage der Satzung der Grünen Jugend Berlin sowie  
57 den Satzung der Bezirksgruppe. Wir werden den Votenvergabe-Prozess der Bezirke  
58 jedoch beratend begleiten.

59 Votenvergabe

60 Als Grünen Jugend Berlin liegt unserer Arbeit sowohl ein FINTA\*-Statut, als auch  
61 ein MARE\*-Statut zu Grunde. Das bedeutet für uns, dass wir besonders MARE  
62 Personen und FINTA\* Personen empowern möchten, sich auf die Voten zu bewerben.  
63 Deutsche Parlamente zeigen keinen verhältnismäßigen Durchschnitt der Bevölkerung  
64 und wir wollen gerade Personen, die diesen unterrepräsentierten Gruppen  
65 angehören, in unserem Verband und unserer politischen Arbeit stärken.

66 Unsere Erwartungen an Votenträger\*innen

67 Die Grüne Jugend Berlin steht für eine antirassistische, queerfeministische,  
68 klimagerechte und soziale Gesellschaft. Diese Werte müssen auch von den Voten  
69 vertreten werden.

70 Von den GJB-Votenträger\*innen erwarten wir, dass sie sich aktiv in den Wahlkampf  
71 der Grünen Jugend Berlin einbringen. Sie vertreten im Wahlkampf nicht nur sich  
72 selbst, sondern repräsentieren unseren Verband. Daher ist es wichtig, dass es  
73 regelmäßige Absprachen mit dem Landesvorstand der Grünen Jugend Berlin gibt.

74 Die Mandatsträger\*innen sind bei ihrer Arbeit in erster Linie ihrem Gewissen  
75 verpflichtet. Wir erwarten zudem uns aber von unseren Mandatsträger\*innen, dass  
76 sie sich weiterhin für GJ-Positionen einsetzen und den Landesverband sowie die  
77 Bezirksgruppen dabei unterstützen, unsere Forderungen ins Parlament und die  
78 Partei zu tragen. Wir erwarten außerdem die Unterstützung unseres Verbandes  
79 durch eine gute und kommunikative Zusammenarbeit sowie durch das zur Verfügung  
80 stellen von Ressourcen.

81 Unterstützung von Votenträger\*innen

82 Wir stehen als Verband solidarisch hinter unseren Votenträger\*innen! Durch  
83 strategischen Austausch und Zusammenarbeit wollen wir während des Wahlkampfes  
84 und anschließend in den Parlamenten eine gerechte Politik von und für junge  
85 Menschen erstreiten.

86 \*FINTA\*: Female, Inter, Nonbinary, Trans, Agender

87 \*MARE: Menschen mit Antisemitismus- und/oder Rassismuserfahrungen

## Beschluss Solidarität mit den Budapest Angeklagten – Aufklärung jetzt!

Gremium: Landesmitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 23.03.2025  
Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

### Antragstext

- 1 Jedes Jahr, am 12. Februar, treffen sich Faschist\*innen und  
2 Nationalsozialist\*innen aus ganz Europa, um in Budapest den „Tag der Ehre“ zu  
3 feiern.
- 4 Der „Tag der Ehre“ ist dabei eines der größten „get-together“ und  
5 Vernetzungstreffen international organisierter Neonazi-Gruppierungen. An diesem  
6 Tag „gedenken“ Rechtsextreme den letzten Tag des „Widerstandes“, den Wehrmachts-  
7 , SS-Gruppen und ihre verbündeten ungarischen Kampfverbände gegen die Rote Armee  
8 leisteten.
- 9 Nachdem russische Truppen Budapest bereits seit Wochen umkreist hatten, hatten  
10 die verbleibenden Nazi-Verbände am 11.02.1945 einen letzten „Ausbruch“ gewagt,  
11 der kläglich scheiterte. Auf beiden Seiten kam es zu tausenden Toten, nur wenige  
12 Faschisten können sich nach wochenlangen Kämpfen nach Wien absetzen.
- 13
- 14 Statt den Opfern des Faschismus und deren Sinnlosigkeit zu gedenken, nutzen  
15 Neonazis nun diesen Anlass, um seit 1997 die Ausbruchversuche deutscher und  
16 ungarischer SS- und Militärverbände als einen Akt europäischen Heroismus zu  
17 pervertieren.
- 18 Die Zahl der Teilnehmer\*innen ist dabei vor allem in den letzten Jahren  
19 gestiegen.
- 20 Organisiert wird das alljährliche „Gedenken“ durch den ungarischen Ableger von  
21 blood and honour (légió Hungária) – einer paramilitärischen Nazigruppe, deren  
22 deutscher Ableger unlängst verboten wurde.
- 23 Das Event rund um den „Tag der Ehre“ ist aber nicht zuletzt deswegen so  
24 erfolgreich, weil außerparlamentarische Rechtsextreme gut vernetzt sind, sondern  
25 weil der ungarische Staat den 12.02 seit einigen Jahren gezielt fördert. So  
26 stellen beispielsweise staatliche Museen Devotionalien zur Verfügung, sodass  
27 europäische Neonazis mit SS-Uniform durch Budapest laufen können. Und auch die  
28 Polizei tut alles dafür, dass der Tag so gut wie möglich ablaufen kann.
- 29 Während Rechtsextreme ungestört in Uniform faschistischer Verbrecherstaaten  
30 durch die Stadt laufen und ihrem Geschichtsrevisionismus ausleben, wird  
31 jeglicher Gegenprotest mit vollem Polizeiaufgebot ferngehalten, mit einer  
32 Drohkulisse aus Repression minimiert und durch Gewalt zurückgedrängt.
- 33 Da der ungarische Staat sich aktiv weigert, gegen Nazis vorzugehen, kommen trotz  
34 dieses unverhältnismäßigen Polizeiaufgebotes, Antifaschist\*innen aus ganz Europe  
35 zusammen, um den Faschos nicht völlig ungestört ihren Raum zu überlassen. Denn  
36 wo der Staat scheitert, setzen wir an.
- 37 So kam es auch im Rahmen des „Tags der Ehre“ 2023 dazu, dass eine Gruppe  
38 europäischer Antifaschist\*innen den Protest gegen den Naziaufmarsch  
39 unterstützte.
- 40 Neben den Protesten soll die Gruppe mutmaßlich Neonazis abseits des Protests mit  
41 Schlagstöcken angegriffen und zusammengeschlagen haben, so zumindest der

42 Vorwurf. Eine\*r von ihnen der\*die 23-jährige\*r non-binäre Aktivist\*in Maja.  
43 Nachdem Maja Ende 2023 per Haftbefehl gesucht und verhaftet wurde, entschied das  
44 Kammergericht im Juni 2024 über Majas Auslieferung nach Ungarn. Dort drohen Maja  
45 ein entkernter Rechtsstaat, ein öffentlich-aufgebauschter Schauprozess und bis  
46 zu 24 Jahre Haft.

47 Die Bedingungen, unter denen die\*der non-binäre Aktivist\*in bislang in  
48 ungarischer Haft leben musste sind menschenunwürdig. Ungarn als Land, das aktiv  
49 gegen die LGBTQ+-Community arbeitet und diese kriminalisiert, stellt dabei eine  
50 besondere Gefahr dar. In einer kleinen Zelle wird Maja rund um die Uhr  
51 videoüberwacht, Ungeziefer hat diese befallen und Mahlzeiten sind in aller Regel  
52 verschimmelt.

53 Die Generalstaatsanwaltschaft (GenStA) und das Landeskriminalamt (LKA) Berlin  
54 hat dabei eine entscheidende Rolle gespielt. In einem nächtlichen Sondereinsatz  
55 machte man sich um halb 3 Uhr daran, Maja nach Ungarn auszuliefern. Eine  
56 Auslieferung, die übrigens von dem postfaschistischen italienischen System  
57 abgelehnt wird.

58 Kurz vor drei wurde Maja und ihren Bevollmächtigten mitgeteilt, eine eingelegte  
59 Verfassungsbeschwerde habe keine rechtsaufschiebende Wirkung und eine sofortige  
60 Auslieferung wäre somit möglich. Das ist falsch.

61 Auch hatte die GenStA das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) erst um 11:47  
62 darüber informiert, dass Majas Auslieferung erfolgt sei. Knapp eine Stunde  
63 nachdem das BVerfG urteilte, eine solche Auslieferung auszusetzen, und etwa zwei  
64 Stunden nachdem Maja tatsächlich den ungarischen Behörden überstellt wurde.  
65 Die örtliche Konsularbehörde in Budapest wurde erst gar nicht über das  
66 Kammergerichtsurteil informiert.

67  
68 Das Vorgehen der GenStA Berlin, des LKA Berlin und der SoKo LinX lässt dabei  
69 tief blicken. Grundlegende rechtsstaatliche Grundsätze wurden so mindestens grob  
70 naiv übersehen und nicht angewendet. Es wurde leichtfertig mit dem Leben von  
71 Maja umgegangen und ihre Grundrechte im groben Maße missachtet.  
72 Unlängst wurde vom BVerfG entschieden (2 BvR 1103/24), dass die Auslieferung von  
73 Maja gegen das Verbot der Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Strafe  
74 oder Behandlung (Art. 4 GRCh) verstoße.

75 Richtig ist, dass es für strafrechtlich relevantes Verhalten Konsequenzen geben  
76 muss. So auch für Fälle mutmaßlich gefährlicher Körperverletzung. Doch die Art,  
77 mit der das Kammergericht, die GenStA und das LKA vorgegangen sind, entsprechen  
78 nicht unserer Vorstellung eines Rechtsstaates. Vielmehr scheint es so, als habe  
79 man so schnell wie möglich Maja als unliebsames Problem beseitigen und ihr  
80 Schicksal den ungarischen Behörden überlassen wollen.

81 Momentan steht eine weitere Angeklagte, die 30-jährige Aktivistin Hannah vor  
82 Gericht in Bayern. Sieben weitere gesuchte Antifaschist\*innen haben sich vor  
83 einigen Wochen der deutschen Strafjustiz gestellt. Klar ist: Die ungarische  
84 Regierung muss ein rechtsstaatliches Verfahren und eine menschenrechtskonforme  
85 Haft sicherstellen.

86 Wir fordern:

- 87 • Ein Stopp von Auslieferungen in Unrechtsstaaten als Repressionsmittel.
- 88 • Eine umfassende Aufarbeitung und Aufklärung des Vorgehens von LKA und  
89 GenStA Berlin, die zu den Grundrechtsbrüchen Majas geführt haben.
- 90 • Eine Umsetzung der Anordnung des BVerfG, Maja umgehend nach Deutschland  
91 zurückzuholen.
- 92 • Faire und rechtsstaatliche Verfahren in Deutschland für alle beteiligten  
93 Antifaschist\*innen unter Wahrung deren Rechte.
- 94 • Sanktionsmaßnahmen gegen Ungarn, solange sie weiterhin den „Tag der Ehre“  
95 in der jetzigen Form abhalten.

96 Wir solidarisieren uns mit allen Antifaschist\*innen, die unter Repressionen  
97 leiden.  
98 Alerta!

## Beschluss Berlin: Gut funktionierend & gerecht finanziert

Gremium: Landesmitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 23.03.2025  
Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

### Antragstext

- 1 Berliner Verwaltung: serviceorientiert und digital
- 2 Termine beim Bürgeramt oder digitale Anträge? Da ist in Berlin noch Luft nach
- 3 oben. Eine gut funktionierende Verwaltung ist das Fundament einer
- 4 funktionierenden Stadt. Viele Bürger\*innen wissen nicht, dass sie Anspruch auf
- 5 bestimmte staatliche Leistungen haben oder verlieren sich im
- 6 Verwaltungsdschungel. Wir wollen, dass aus einer Hol-Schuld der Bürger\*innen
- 7 eine Bring-Schuld des Landes wird. Wer Anspruch auf Unterstützung hat, soll
- 8 darüber proaktiv informiert werden. Damit die Information auch bei allen
- 9 ankommt, braucht es mehrsprachige Informationsangebote, die auch leichte Sprache
- 10 umfassen. Damit der Weg zum Bürgeramt keine Hürde darstellt, sollen auch alle
- 11 Angebote, bei denen es umsetzbar ist, digital erledigt werden können. Es braucht
- 12 eine umfassende, digitale Transformation, die weit über das reine Bereitstellen
- 13 von PDFs hinausgeht. Ziel muss es sein, benutzer\*innenfreundliche, interaktive
- 14 Formulare zu entwickeln, die den Antragsprozess intuitiv, effizient und
- 15 barrierefrei gestalten oder, sofern möglich, Antragsverfahren gänzlich
- 16 abzuschaffen und durch proaktives Verwaltungshandeln zu ersetzen. Das bedeutet
- 17 nicht, dass alle Bürgerämter abgeschafft werden sollen: die Ansprechbarkeit des
- 18 Landes muss zeitnah auch vor Ort gewährleistet werden.
- 19 Und die Verwaltung muss effizienter werden: Mit Once-Only und der
- 20 Registermodernisierung soll Schluss damit sein, dass Bürger\*innen immer wieder
- 21 dieselben Dokumente einreichen müssen. Behörden müssen vorhandene Daten
- 22 datenschutzkonform selbst abrufen können – statt Bürokratie-Hürden braucht es
- 23 einen reibungslosen Service. Zudem setzen wir uns für eine breitere Verwendung
- 24 des Prinzips der Genehmigungsfiktion ein. Bleibt ein Antrag zu lange
- 25 unbearbeitet, gilt er automatisch als genehmigt. Das schafft Planungssicherheit
- 26 für Bürger\*innen und Unternehmen und entlastet gleichzeitig die Verwaltung. Um
- 27 Missbräuche vorzubeugen, sollte dieser Mechanismus nur für solche Anträge
- 28 gelten, die in der Regel genehmigt werden und durch die niemals
- 29 gesellschaftliche Schäden oder Gefahren für Leib und Leben entstehen können.
- 30 Public Money, Public Code! Die Berliner Verwaltung muss konsequent auf
- 31 quelloffene Software setzt. Das bedeutet, dass der gesamte Quellcode öffentlich
- 32 zugänglich ist, sodass unabhängige Expert\*innen ihn überprüfen, optimieren und
- 33 weiterentwickeln können. Diese Transparenz erhöht die Sicherheit, senkt
- 34 langfristig die Kosten und reduziert die Abhängigkeit von großen,
- 35 undurchsichtigen IT-Unternehmen. Insbesondere soll die Software solcher
- 36 Unternehmen prioritär ausgetauscht werden, deren Eigentümer\*innen oder
- 37 Firmenwerte sich in den Dienst von autoritären Überwachungsphantasien und gegen
- 38 europäische Grundrechte stellen. So legen wir den Grundstein für eine moderne,
- 39 demokratisch kontrollierte und zukunftsfähige Verwaltung. Zudem soll Berlin einen
- 40 selbständigen Fonds aufsetzen um Open Source zu fördern und den Code Kommunismus
- 41 auszubauen. Alternativ soll sich Berlin für dies im Bundesrat einsetzen. Die vom

42 Zentrum Digitale Souveränität (ZenDiS) entwickelte und speziell für die  
43 Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltung ausgelegte Softwaresuite openDesk kann  
44 hierfür ein primärer Ausgangspunkt sein. Vom ZenDiS fordern wir ein Höchstmaß an  
45 Transparenz und die Einbindung diverser Software-Alternativen in openDesk, um  
46 Vendor Lock-ins zu verhindern.

47 Zusätzlich setzen wir auf den gezielten Ausbau von InHouse-Entwicklung, um  
48 lokales IT-Know-how aufzubauen und, sofern notwendig, maßgeschneiderte Lösungen  
49 zu schaffen, die den spezifischen Bedürfnissen Berlins gerecht werden. Dabei  
50 legen wir besonderen Wert auf die Nachnutzung bestehender Open-Source-Lösungen,  
51 um Ressourcen effizient zu nutzen und Synergien mit anderen Kommunen und  
52 Bundesländern zu schaffen. Unser Ziel ist es, nicht nur eigenständige Lösungen  
53 zu entwickeln, sondern auch aktiv zur Verbesserung und Verbreitung einer  
54 leistungsfähigen, bundesweiten Softwareinfrastruktur beizutragen. Um diesen  
55 Innovationsprozess nachhaltig zu fördern, fordern wir, dass Mitarbeitende in  
56 Behörden einen Teil ihrer Arbeitszeit für die Weiterentwicklung  
57 quelloffener Software und IT-Pakete einplanen dürfen. Dies stärkt nicht nur die  
58 digitale Souveränität, sondern ermöglicht auch eine flexible und kontinuierliche  
59 Anpassung an neue Herausforderungen.

60 Zudem soll in jedem Berliner Bezirk ein Digital Hub etabliert werden. Diese  
61 Zentren sollen mit qualifizierten Digitalhelfende niederschwellige Beratungen,  
62 Workshops und Schulungen anbieten - von Smartphone-Kursen für Senioren bis hin  
63 zu Programmier-AGs für Jugendliche. Ergänzend dazu sollen Digitale  
64 Quartiersmanager den konkreten Bedarf vor Ort ermitteln und lokale  
65 Unterstützungsangebote koordinieren. So stellen wir sicher, dass gerade auch  
66 sozial benachteiligte Gruppen nicht vom digitalen Fortschritt ausgeschlossen  
67 werden, sondern aktiv am digitalen Leben teilhaben können.

68 Berlin muss als progressiver Vorreiter in Sachen Smart City agieren. Wir fordern  
69 den flächendeckenden Ausbau moderner (öffentlicher) Glasfaser- und WLAN-  
70 Infrastrukturen - insbesondere in strukturschwachen Stadtteilen. Öffentliche  
71 Einrichtungen und Gebäude sollen mit intelligenten Energiemanagementsystemen  
72 ausgestattet werden, um Energieverbrauch und Kosten zu senken.

73 Berliner Bezirke: selbstbewusst und solide finanziert!

74 Für eine funktionierende Verwaltung müssen auch die Berliner Bezirke  
75 funktionieren. Das bedeutet, dass die Bezirke endlich auskömmlich finanziert  
76 werden. Hierzu gehört auch eine Überarbeitung der aktuellen  
77 Budgetierungssystematik, an dessen Ende mindestens die vollständige Übernahme  
78 aller Kosten stehen, die durch Bundes- und Landesrecht entstehen und die in den  
79 Bezirke nicht gesteuert werden können. Darüber hinaus brauchen die Bezirke  
80 finanziellen Spielraum, um im Rahmen ihres demokratischen Mandats eigene  
81 Schwerpunkte setzen zu können.

82 Um den demokratischen Stellenwert der Bezirke zu stärken, braucht es ein  
83 Initiativrecht des Rats der Bürgermeister\*innen gegenüber dem Abgeordnetenhaus.  
84 Die Demokratie in den Bezirken soll durch die Einführung eines "politischen  
85 Bezirksamtes" gestärkt werden. So werden die politischen Verantwortlichkeiten  
86 transparenter. Gleichzeitig soll das Mindestalter für Mitglieder des  
87 Bezirksamtes auf das Wahlalter des passiven Wahlrechts abgesenkt werden.

88 Berliner Haushalt: Ressourcen ausweiten & fair verteilen!

89 Zur Finanzierung der Aufgaben des Landes Berlin – auch mit Blick auf den  
90 Klimaschutz – sollen alle Möglichkeiten zur Kreditfinanzierung oder andere  
91 Finanzierungswege wie Nachhaltigkeitsanleihen ausgenutzt werden. Klimaschutz und  
92 funktionierende Infrastruktur dürfen nicht am fehlenden Geld scheitern. Hierzu  
93 sollten Schuldenspielräume im Rahmen der bundesgesetzlichen Schuldenbremse  
94 genutzt werden und weitere Anpassungen hinsichtlich der Berechnung der  
95 konjunkturabhängig erlaubten Schuldenaufnahme genutzt werden. Um die Ausgaben  
96 des Landes Berlin unter verschiedenen Gesichtspunkten beurteilen zu können,  
97 fordern wir eine Fortführung des Gender Budgeting, sowie die Einführung von  
98 Klima- und Youth Budgeting. Damit schaffen wir mehr Transparenz über die  
99 notwendigen Ausgaben für die Zukunft von uns und unserem Planeten.

100 Eine gerechte Finanzierung des Landes muss auch die Einnahmen in den Blick  
101 nehmen. Es ist beispielsweise nicht nachvollziehbar, weshalb das Abstellen eines  
102 privaten Autos im öffentlichen Raum an vielen Orten in Berlin kostenlos ist oder  
103 nur sehr wenig kostet. Hier braucht es eine Erhöhung der Parkgebühren und eine  
104 Ausweitung der Parkraumbewirtschaftungszonen. Bei letzterem sind die Bezirke  
105 durch eine Anschubfinanzierung zu unterstützen. Die Grunderwerbssteuer sollte in  
106 Berlin auf das Brandenburger Niveau von 6,5% (+0,5%) angehoben werden.  
107 Darüberhinaus sollte sich Berlin gegenüber dem Bund für das Schließen von  
108 Steuerschlupflöchern wie ShareDeals einsetzen. Steuerflucht und Steuervermeidung  
109 müssen die Berliner Finanzämter konsequent verfolgen und ahnden.

110 Berliner Unternehmen: Vorbildfunktion gerecht werden!

111 Zur Umsetzung der verschiedenen Aufgaben des Landes sind die landeseigenen  
112 Unternehmen unverzichtbar. Für die landeseigenen Unternehmen hat die Politik  
113 eine besondere Verantwortung. Deshalb müssen hier gute Arbeitsbedingungen und  
114 gute Bezahlung gesichert werden. In landeseigenen Unternehmen sollte künftig ein  
115 Maximallohn vom zehnfachen des niedrigsten Lohns (inklusive eventueller Boni)  
116 gelten. So werden die Unternehmen auch in Lohnfragen ihrer Vorbildfunktion  
117 gerecht.

118 Gute Arbeitsbedingungen müssen auch bei Aufgaben eingehalten werden, die das  
119 Land Berlin an externe Unternehmen auslagert. Grundsätzlich sollte das Ziel aber  
120 eine möglichst weitgehende (Re)kommunalisierung von externalisierten Aufgaben  
121 wie beispielsweise der (Schul)reinigung oder Cateringangeboten sein. Public-  
122 Private Partner-Ships sehen wir kritisch. Es dürfen keine Abhängigkeiten des  
123 Staates von einzelnen privaten Dienstleistern entstehen. Kooperationen mit  
124 gemeinnützigen Unternehmen oder Genossenschaften sehen wir als positiv und  
125 sollen unterstützt werden.

## Beschluss Die nächsten 5 Jahre werden entscheidend: Radikaler Klimaschutz jetzt!

Gremium: Landesmitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 23.03.2025  
Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

### Antragstext

1 Die nächsten 5 Jahre werden entscheidend dafür sein, ob Berlin die Pariser  
2 Klimaschutzziele einhalten kann. In den nächsten 5 Jahren entscheiden wir, wie  
3 wir zukünftig leben wollen und können. Der Deutsche Wetterdienst und auch der  
4 Klimawandeldienst Copernicus bescheinigen, dass 2024 das wärmste Jahr seit 1850  
5 war. Erstmals lag die globale Durchschnittstemperatur 1,6 Grad über dem  
6 vorindustriellen Niveau. Das ist ein massives Problem: Mit der Überschreitung  
7 der 1,5 Grad Grenze droht das Überschreiten von planetaren Kippunkten und das  
8 Eintreten von irreversiblen Schäden, die unser Überleben gefährden. Schon jetzt  
9 sterben in Deutschland Menschen an den Folgen der Klimakrise. In Berlin ist  
10 insbesondere Hitze ein Problem. Wir müssen jetzt handeln, denn jede Tonne  
11 ausgestoßene Treibhausgase zählt. Gleichzeitig sehen wir, dass der schwarz-rote  
12 Senat die existenzielle Notwendigkeit von Klimaschutz verkennt und dringend  
13 benötigte Schutzmaßnahmen für die Menschen in unserer Stadt nicht umsetzt. Dabei  
14 gibt es so viel zu tun:

#### 15 Klimagesetz stärken

16 Die Zeit wird knapp. Wenn Berlin die nächsten 5 Jahre nicht auf Vollgas-  
17 Klimaschutz umstellt, wird das 2030-Ziel faktisch unerreichbar. Das  
18 Klimaschutzgesetz und die Selbstverpflichtungen von Paris reichen nicht aus,  
19 schon jetzt haben wir die 1,5 Grad Marke überschritten. Wir müssen  
20 ambitionierter werden und nicht erst 2050 wie das Klimaschutzgesetz Berlins,  
21 oder 2045 wie die Grünen Berlin für die Klimaneutralität anstreben, sondern  
22 bereits 2030 klimaneutral zu sein, muss unsere Maßgabe sein. Aus den Zielen im  
23 Berliner Klimaschutzgesetz müssen Verpflichtungen werden, die bei  
24 Nichteinhaltung sanktionsfähig sind und Interventionen nach sich ziehen.

#### 25 Klimaschutz geht nur sozial gerecht

26 Klimaschutz und Sozialpolitik gehören für uns untrennbar zusammen. Das wollen  
27 wir im Wahlprogramm der Grünen genau so festschreiben. Denn: Für den Klimaschutz  
28 dürfen Menschen nicht gegeneinander ausgespielt werden: Her mit dem Klimageld  
29 auf Bundesebene! Berlin muss zudem sicherstellen, dass Klimaschutz durch  
30 Sanierungen nicht zu teuren Nettowarmmieten führt. Für uns ist klar: Für  
31 Klimaschutzmaßnahmen müssen immer die Akteure zahlen, die sie verursachen:  
32 Klimaverschmutzende Konzerne!

#### 33 Energieversorgung neu denken: Berlin als Solarstadt

34 Berlin muss massiv in erneuerbare Energien investieren, um unabhängig von  
35 fossilen Energien zu werden. Es darf keine neuen Investitionen in fossile  
36 Energien geben.

37 Dafür braucht es eine Solarpflicht: Solaranlagen zu installieren muss bei  
38 Neubauten und Sanierungen verpflichtend werden. Öffentliche Gebäude,  
39 Gewerbedächer, an Fassaden und über Parkplätze, überall müssen Solaranlagen  
40 angebracht werden. Damit die Nettowarmmieten gleich bleiben, braucht es eine

41 umfassende finanzielle Unterstützung. Zudem müssen bürokratische Hürden in der  
42 Beantragung und Genehmigung abgebaut werden, mehr Personal in den relevanten  
43 Verwaltungen angestellt werden und umfassende Beratungs- und  
44 Betreuungsmöglichkeiten geschaffen werden.

45 Die Berliner Stadtwerke sollen in den umliegenden Bundesländern erneuerbare  
46 Energie-Infrastruktur kaufen. Außerdem sollen die Berliner\*innen dabei  
47 unterstützt werden Energiegenossenschaften zu gründen und ihren Strom oder ihre  
48 Wärme selbst zu produzieren. Damit dieses Angebot auch von Menschen mit wenigen  
49 finanziellen und zeitlichen Ressourcen genutzt werden kann, sollen  
50 Quartiersmanagementbüros aufsuchende Pilotprojekte starten.

#### 51 Keine Profite mit unseren Grundbedürfnissen!

52 Berlin hat die Strom- und Fernwärmenetzwerke zurück zurückgekauft. Wärme und  
53 Strom sind Grundbedürfnisse und dürfen nicht Profitlogiken unterliegen. In einem  
54 klimaneutralen Berlin werden wir absehbar kein fossiles Gas und dadurch auch  
55 keine Gasverteilnetze mehr benötigen. Es muss daher still gelegt werden. Zentral  
56 für uns ist, dass dieses auslaufende Modell nicht zum Profit privater  
57 Unternehmen und zur Belastung öffentlicher Kassen sowie der betroffener  
58 Berliner\*innen werden darf. Betroffene müssen rechtzeitig über die Stilllegung  
59 informiert und die Beschäftigten in den Prozess eingebunden werden. Wie Strom  
60 und Wärme produziert und verteilt werden, wollen wir gemeinsam demokratisch  
61 entscheiden. Deshalb unterstützen wir die Forderung nach einer Einführung eines  
62 Verwaltungsrates bei BEW wie ihn der Berliner Energietisch vorgeschlagen hat.  
63 Das Berliner Wärmenetz ist veraltet und muss massiv umgebaut werden, um  
64 zukünftigen Anforderungen gerecht zu werden. Die GASAG muss bei den  
65 Investitionen für die Umstellung des Energiesystems auf erneuerbare Energien  
66 beteiligt werden, um ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Auch das Stromnetz  
67 muss zukünftig umfassend ausgebaut werden, um neuen Bedarfen gerecht zu werden:  
68 neue Wärmepumpen, das Einspeisen von erneuerbaren, dezentral produzierten Strom  
69 und Ladestationen überall in der Stadt. Berlin muss diese Chance nutzen, die  
70 Klimapolitik direkt zu steuern. Wer Strom und Wärme bezieht, sollte auch  
71 mitentscheiden können, wie sie produziert wird. Strom und Wärmekosten dürfen  
72 nicht ins Unermessliche steigen. Deswegen ist es wichtig die Verbraucher\*innen  
73 mit einem Energie- und Wärme-Preisdeckel zu schützen. Wir wissen, der Markt  
74 regelt nicht, sondern die Politik muss den Rahmen setzen.

#### 75 Der Wärmewende einheizen

76 Rund die Hälfte der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Berlin kommt aus der Gebäudewärme. Wenn  
77 Berlin klimaneutral werden will, muss die Wärmeversorgung radikal umgestellt  
78 werden. Zu lange aber wurde die Wärmewende verschlafen - wir brauchen jetzt  
79 Antworten, Lösungen und Unterstützungsangebote für Privathaushalte und  
80 Verbraucher\*innen: Welche Wärme für sie infrage kommt, was in ihrem Viertel  
81 entstehen wird und welche Gemeinschaftslösungen kman finden kann. Berlin hat  
82 einen hohen Anteil an Fernwärme. Sowohl die dezentrale Wärmeversorgung, als auch  
83 die Fernwärme beruhen jedoch weiterhin zu großen Anteilen auf Ergas. Auch hier  
84 muss der Gasausstieg und eine Dekarbonisierung stattfinden. Das Gasnetz muss  
85 stillgelegt werden, statt es für Wasserstoff umzuwandeln:

86 Wasserstoff dezentral zu verwenden ist ineffizient. "Grün" ist Wasserstoff nur,  
87 wenn er aus Überschüssen erneuerbarer Energie erzeugt wird. Für die Gewinnung  
88 von Wasserstoff entsteht somit ein zusätzlicher Strombedarf. Auch hier bestehen

89 Risiken von neuen Abhängigkeiten und unkontrollierten Transportwegen, die zudem  
90 technisch fragwürdig sind. Die Herstellung von "blauem" Wasserstoff ist nicht  
91 erneuerbar, bleibt von fossilen Energieträgern abhängig und ist sehr  
92 energieaufwendig. Blauer Wasserstoff ist wie CCS eine Ablenkungstaktik, die  
93 letztendlich zu weiteren Investitionen für fossile Energieträger führt und wird  
94 die Klimakrise nicht lösen. Eine Umwandlung des Gasnetzes in ein Wasserstoffnetz  
95 lehnen wir deswegen ab. Die Verbraucher\*innen müssen in den Prozess der  
96 Transformation mit eingebunden und rechtzeitig informiert, sowie in der  
97 Umrüstung auf Wärmepumpen oder wenn nötig auf Fernwärme unterstützt werden.

98 Die Wärmeversorgung muss unabhängig von fossilen Rohstoffen werden. Damit  
99 Fernwärme in Berlin klimafreundlich wird und bezahlbar bleibt, braucht es einen  
100 neuen Plan, der konsequent sämtliche Abwärme-, Umweltwärme-, Erdwärme- und  
101 Wärmespeicherpotenziale ausschöpft und anerkennt, dass der Einsatz von Biomasse,  
102 Müll und Wasserstoff nicht klimafreundlich ist und auf ein Minimum begrenzt  
103 werden muss. Fernwärme ist nur sinnvoll als Klimaschutzmaßnahme, wenn sie  
104 erneuerbar erzeugt wird.

105 Auch Biomasse ist hier nicht die Lösung. Holzverbrennung verursacht darüber  
106 hinaus gesundheits- und klimaschädliche Feinstaub- und Rußbelastungen.  
107 Holzverbrennung ist eine Hypothek auf die Zukunft – es braucht Jahrzehnte bis  
108 Jahrhunderte, bis das durch die Verbrennung freigesetzte CO<sub>2</sub> wieder durch  
109 nachwachsende Bäume gebunden ist. Statt Holz zu verfeuern, sollte es entweder  
110 zum Biodiversitäts- und Klimaschutz im Ökosystem Wald verbleiben oder stofflich,  
111 z.B. als Bau- oder Dämmstoff, genutzt werden. Nur so bleibt klimaschädliches CO<sub>2</sub>  
112 für einen möglichst langen Zeitraum im Holz gebunden.

113 Auch die Abfallverbrennung verursacht Treibhausgase. Die Abwärme der  
114 existierenden unvermeidlichen Müllverbrennung soll jedoch genutzt werden. Die  
115 Müllproduktion und Verbrennung soll insgesamt im Sinne der Berliner Zero-Waste-  
116 Strategie möglichst gesenkt werden. Vermeidung, Wiederverwendung und Recycling  
117 gehen vor. Zusammen mit den Beschäftigten der BWE und der Zivilgesellschaft soll  
118 ein Konzept erarbeitet werden, wie Fernwärme zu 100% erneuerbar werden kann.

119 Zudem fordern wir massive Investitionen in dezentrale Wärmepumpen, die dem  
120 Gasnetz Konkurrenz machen, aber auch zentrale Großwärmepumpen. Die Investitionen  
121 in Wärmepumpen schützen vor alten Gas- und neuen Wasserstoffabhängigkeiten.

122 Es braucht Investitionen in den Ausbau von Geothermie und die effizientere  
123 Nutzung von Abwärme von Abwasser, Flusswasser, Rechenzentren und  
124 Industriegebieten. Wo nicht Photovoltaik genutzt wird, muss auch die  
125 Solarthermie ausgebaut werden. Zudem müssen Flächen für Wärmeplanung vorgesehen  
126 werden. Projekte zum Ausbau von dezentralen Wärmepumpenclustern und zur  
127 Gebäudesanierung sollen finanziell und durch Beratungsangebote unterstützt  
128 werden für eine niedrigschwellige und selbstbestimmte Transformation der  
129 Wärmeversorgung. Wichtig ist insbesondere, dass finanzielle Mittel nicht erst  
130 von den Privatpersonen vorgestreckt werden müssen, damit sich alle Menschen die  
131 Transformation leisten können.

132  
133 Wir wissen aber, dass nicht alle Berliner\*innen in Fernwärmenetzgebieten wohnen.  
134 Gerade in Gebieten, in denen keine Fernwärme umsetzbar ist, muss über  
135 Alternativen aufgeklärt und Lösungen wie Nahwärmenetze und nachbarschaftliche  
136 Lösungen gefördert werden. Wir fordern deshalb, dass der Senat Wärmeberatungen

137 in allen Bezirken finanziert und gesetzliche sowie verwaltungstechnische Hürden  
138 für Nahwärmenetze und kooperative Lösungen zwischen privaten und öffentlichen  
139 Abnehmer\*innen fördert.

140 Her mit der Kohle - Weg mit der Schuldenbremse!

141 CO2 und Treibhausgasemissionen müssen radikal gesenkt werden. Zudem braucht es  
142 die beschriebenen umfassenden Anpassungsmaßnahmen, damit wir zu jeder Jahreszeit  
143 gut in unserer Stadt leben können. Das alles kostet Geld: deswegen bekräftigen  
144 wir: Weg mit der Schuldenbremse. Wir brauchen massive Investitionen in  
145 Klimaschutz, Klimaanpassungsmaßnahmen und Klima-Infrastruktur wie die Sanierung  
146 öffentlicher und privater Gebäude, die Geothermie, den Solarausbau und eine  
147 zukunftsfähige Wärmeversorgung.

148 Wir dürfen nicht vernachlässigen, dass die Klimakrise auch eine komplexe  
149 ökologische Krise und Querschnittsthema ist, deswegen fordern wir:

150 • Vegan- und Bio-Standard: vegane, vegetarische, bezahlbare und nachhaltige  
151 Optionen in allen Kitas, Schulen und Behörden, Verbot von fleischhaltigen  
152 Angeboten. Jede öffentliche Einrichtung (Schulen, Universitäten, Behörden,  
153 Krankenhäuser) sollte täglich eine vollwertige, bezahlbare vegane Mahlzeit  
154 anbieten. Subventionen für Fleisch- und Milchprodukte müssen gestrichen  
155 oder auf nachhaltige pflanzliche Alternativen umgelenkt werden.

156 • Tierfreundliches Stadttauben-Management

157 ◦ Betreute Taubenschläge mit Eiertausch statt Töten: Erfolgreiche  
158 Konzepte aus anderen Städten (z. B. Augsburg) sollten auch in Berlin  
159 umgesetzt werden.

160 ◦ Verbot der privaten Fütterung, aber Einrichtung offizieller  
161 Futterstellen: Um unkontrollierte Vermehrung und gesundheitliche  
162 Probleme zu verhindern.

163 • Ökologie

164 ◦ Insekten sichern Ökosysteme – Bestäubung, Bodenfruchtbarkeit und  
165 Nahrungsnetze hängen direkt von Insekten ab. Gesunde Ökosysteme mit  
166 hoher Biodiversität sind widerstandsfähiger gegen Klimafolgen.

167 ■ Verbot von Schottergärten: Diese sind ökologisch wertlos und  
168 zerstören Lebensräume für Insekten und Kleintiere.

169 ■ Pflicht für insektenfreundliche Beleuchtung: Straßenlaternen  
170 und Gebäudeleuchten müssen so umgerüstet werden, dass sie  
171 nachtaktive Insekten nicht anlocken und töten.

172 ■ Schaffung von mehr Blühstreifen und geschützten Nistflächen  
173 für Bienen

174 ■ Mehr Mittel für eine nachhaltige Grünpflege, welche  
175 insbesondere Berliner Zielarten in den Fokus nimmt

176           ◦ Moore und Feuchtwiesen speichern Kohlenstoff und tragen aktiv zu  
177           mehr Klimaschutz bei. Wir fordern deshalb, dass im Sinn der  
178           Klimaziele die konsequente Wiedervernässung von Mooren und  
179           Feuchtwiesen in Berlin vorangetrieben wird. Es muss sichergestellt  
180           werden, dass alle diese Flächen angemessen mit Wasser versorgt  
181           werden.

182           ◦ Waldumbau konsequent vorantreiben: Um die Berliner Wälder  
183           resilienter gegen Trockenheit und Waldbrände zu machen und die  
184           Anreicherung von Grundwasser zu stärken, brauchen wir mehr  
185           Mischwälder. Das unter Rot-Grün-Rot gestartete Programm zum Umbau  
186           der Berliner Wälder muss vorangetrieben werden. Auch den Bezirken  
187           müssen entsprechende Mittel zum Umbau von Park- und Grünflächen zur  
188           Verfügung gestellt werden.

### 189 Klimaanpassung konsequent umsetzen

190

191 Bereits heute süren wir wie Hitzewellen und Extremwetterereignisse das Berliner  
192 Stadtklima massiv beeinflussen. Die zunehmende Erderwärmung verschärft diese  
193 Entwicklung. Wasser wird in der Stadt zunehmend zu einer knapperen Ressource  
194 und gleichzeitig spüren vor allem Menschen mit geringen Einkommen und in der  
195 Obdachlosigkeit die Erhitzung der Stadt am stärksten. Wir fordern deshalb:

196           • Entsiegelung und Begrünung muss vorangebracht werden: Es geht nicht, dass  
197           Schwarz-Rot die Entsiegelungsmittel des Stadtverschönerungsprogramms  
198           eingestampft hat. Fakt ist: Wenn wir Klimaschutz vor Ort leisten wollen,  
199           brauchen wir mehr Entsiegelung, mehr Begrünung und mehr Schatten. Wir  
200           brauchen hierfür eine unkomplizierte, direkte Hilfe für die Bezirke.

201           • Hitzehilfe im Sommer: Gerade einkommensschwache und obdachlose Menschen  
202           sind im Sommer Hitzewellen oft schutzlos ausgeliefert. Parallel zur  
203           Kältehilfe brauchen wir im Sommer eine flächendeckende Hitzehilfe, um  
204           kühle Räume, medizinische Unterstützung und Schutz zu bieten.

205           • Wasserverschwendung entgegenzutreten: Während Trockenperioden in Berlin  
206           immer mehr zur Regel und das Wasser in der Spree immer knapper wird, gibt  
207           es weiterhin sowohl umfassende, kostenlose Entnahmen von Wasser aus  
208           Fließgewässern sowie Menschen, die für Rasen und Pool massive Mengen  
209           Wasser verwenden. Wir fordern, dass es unterschiedliche Wassertarife für  
210           Normal- und Großverbraucher geben soll.

211 Die Klimakrise war 2021 und 2023 das bestimmende Thema und der rote Faden im  
212 Wahlprogramm der Grünen für die Abgeordnetenhauswahl. Die Krise hat sich  
213 zugespitzt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Grünen Berlin nicht hinter ihren  
214 bisherigen Forderungen zurückbleiben und sozialgerechten Klimaschutz wieder als  
215 ein zentrales Thema in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes und ihres gesamten  
216 politischen Arbeitens stellen. Wenn nicht wir, wer sonst? Das Thema Klima muss  
217 auch gesamtgesellschaftlich wieder ein zentrales Thema werden. Die Krise löst  
218 sich nicht von selbst, wenn wir einfach nicht darüber sprechen. Auch die  
219 Verteidigung des Tempelhofer Felds, des Emmauswalds, der A100 und der Wuhlheide  
220 sind Kämpfe im Kontext der Klimakrise und des Kapitalismus.

- 221 Im Wahlprogramm Prozess setzen wir uns im Rahmen unserer Möglichkeiten dafür ein  
222 wissenschaftliche und aktivistische Expert\*innen zum Thema Gasausstieg und Wärme  
223 Potentialen hinzuzuziehen.

# Beschluss Für ein solidarisches und gerechtes Berlin – Gesundheitsversorgung, Pflege und Sport für alle!

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

## Antragstext

1 Die Krisen unserer Zeit machen auch vor unserer Stadt nicht halt. Ein  
2 überlastetes Gesundheitssystem, eine unterfinanzierte Pflege und ungleiche  
3 Zugänge zu Sport- und Freizeitangeboten sind nur einige der Probleme, die viele  
4 Menschen in unserer Stadt betreffen. Jahrzehntelange Sparpolitik und eine  
5 zunehmende Kommerzialisierung haben dazu geführt, dass soziale Gerechtigkeit im  
6 Gesundheits- und Pflegebereich immer weiter in den Hintergrund rückt.  
7 Gleichzeitig fehlt es an einer konsequenten und inklusiven Förderung von Sport.  
8 Als Grüne Jugend Berlin können wir das nicht hinnehmen! Ein lebenswertes Berlin  
9 ist nur möglich, wenn alle Menschen unabhängig von Einkommen, Herkunft oder  
10 Geschlecht gleichberechtigten Zugang zu gesundheitlicher Versorgung und  
11 gesellschaftlicher Teilhabe haben.

## 12 Gute Pflege durch gute Arbeitsbedingungen für 13 Beschäftigte

14 Jeder Mensch ist in seinem Leben auf Pflege und Fürsorge durch seine Mitmenschen  
15 angewiesen, egal ob durch Angehörige oder professionelles Pflegepersonal. Pflege  
16 ist das Rückgrat unseres Gesundheitssystems und betrifft uns alle.

17 Pflegekräfte leisten einen elementaren Teil der Gesundheitsversorgung in unserer  
18 Stadt und der Druck auf sie steigt stetig. Fehlende Fachkräfte, schlechte  
19 Arbeitsbedingungen und eine profitorientierte Finanzierung des Gesundheitswesens  
20 gefährden eine menschenwürdige Pflege. Das ist nicht hinnehmbar.

21 Für uns als Grüne Jugend Berlin ist klar: Wir brauchen eine grundlegende Reform  
22 der Pflegepolitik! Dazu gehören bessere Arbeitsbedingungen für Pflegende, eine  
23 gerechte Finanzierung sowie eine stärkere Anerkennung dieser unverzichtbaren  
24 Arbeit. Pflege muss am Menschen orientiert sein – nicht an wirtschaftlichen  
25 Interessen.

26 Als Grüne Jugend Berlin fordern wir daher:

27 Gesetzliche Personalbemessung - Mehr Personal, bessere Pflege!

28 Wir fordern die Einführung eines verbindlichen Bemessungsinstrumentes für den  
29 Personalbedarf auf Basis pflegewissenschaftlicher Erkenntnisse. Außerdem bedarf  
30 es einer Festlegung einer gesetzlichen Mindestbesetzung auf Basis von  
31 Personalbemessungsinstrumenten, um Überlastung zu vermeiden und eine sichere  
32 Versorgung zu gewährleisten. Als Übergangslösung muss außerdem die PPR 2.0  
33 kurzfristig umgesetzt werden, bis ein langfristiges, wissenschaftlich fundiertes  
34 System entwickelt ist.

35 Gute Ausbildung – für eine nachhaltige Zukunft der Pflege in Berlin!

36 Die Ausbildung von Pflegefachkräften ist ein elementarer Baustein des  
37 Pflegesystems. Um Auszubildende bestmöglich zu unterstützen, bedarf es der

38 Bereitstellung relevanter Lehrmaterialien und uneingeschränkter Zugang zu  
39 Fachliteratur. Ebenso elementar sind ausreichende räumliche, technische und  
40 personelle Ausstattung mit einem maximalen Verhältnis von 1:15 zwischen  
41 Lehrenden und Auszubildenden. Darüber hinaus stellen wir uns gegen die  
42 Anrechnung von Auszubildenden auf den Stellenplan, um echte Ausbildungsqualität  
43 zu gewährleisten. Azubis sollen auf sichere Weise praktische Erfahrung sammeln  
44 und ihre Kenntnisse festigen.

45 Gerechte Finanzierung – Weg von der Gewinnmaximierung!

46 Pflege ist für die Menschen da und nicht um Profite zu machen. Wir fordern daher  
47 die Sicherstellung einer ausreichenden Finanzierung landeseigener  
48 Pflegeeinrichtungen ohne Profitorientierung.

49 Politisches Mitbestimmungsrecht – Pflege muss mitentscheiden!

50 Pfleger\*innen müssen an Entscheidungen beteiligt werden. Wir fordern daher eine  
51 stärkere Einbindung pflegerischer Expertise in Krisenstäbe und  
52 gesundheitspolitische Entscheidungsprozesse des Berliner Senats. Darüber hinaus  
53 fordern wir auch den Ausbau von Gremien zur Interessenvertretung von  
54 Pflegekräften auf Landesebene.

55 Pflege ist ein gesellschaftlicher Grundpfeiler – doch sie kann nur dann  
56 funktionieren, wenn die Menschen, die sie leisten, unter guten Bedingungen  
57 arbeiten können. Die Grüne Jugend Berlin kämpft für eine bessere Pflege – für  
58 die Menschen, die sie leisten, und für die, die auf sie angewiesen sind!

59 Ein Gesundheitssystem für alle Menschen in unserer Stadt

60 Gesundheit darf nicht von Einkommen, sozialem Status, Herkunft oder Geschlecht  
61 abhängen. Doch jahrzehntelange Sparpolitik hat dazu geführt, dass die  
62 Wirklichkeit immer weiter von diesem Anspruch entfernt ist. Die Folgen sind  
63 lange Wartezeiten, eine Überlastung von medizinischem Personal und eine Zwei-  
64 Klassen-Medizin, die Ungleichheiten verschärft.

65 Als Grüne Jugend Berlin setzen wir uns für ein solidarisches,  
66 gemeinwohlorientiertes und zukunftsfähiges Gesundheitssystem für alle Menschen  
67 in unserer Stadt ein. Für die Menschen die Gesundheitsversorgung in Anspruch  
68 nehmen und die, die sie leisten.

69 Daher fordern wir als Grüne Jugend Berlin:

70 Faire Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten!

71 Wir stellen uns klar hinter die Forderungen der Berliner Krankenhausbewegung.  
72 Zum Gesundheitssystem gehören nicht nur Ärzt\*innen und Pfleger\*innen.  
73 Reinigungskräfte, Essensversorgung und weitere systemrelevante Berufe sind für  
74 den Krankenhausbetrieb unverzichtbar und dürfen nicht schlechter behandelt  
75 werden. Die TvÖD muss daher für alle Beschäftigten der Vivantes-Töchter gelten.

76 Psychische Gesundheit stärken

77 Wer in Berlin psychotherapeutische Hilfe sucht, ist oftmals mit langen Warte-  
78 und Suchzeiten konfrontiert. Dabei ist in mentalen Notsituationen schnelle und  
79 persönliche Hilfe essenziell, teilweise lebenswichtig. Wir fordern deshalb eine  
80 personelle und finanzielle Förderung psychiatrischer Einrichtungen und

81 Krankenhäuser, um Überlastung und Versorgungslücken zu verringern. Darüber  
82 hinaus fordern wir die Schaffung einer zentralen Beratungsstelle in Berlin, die  
83 Hilfesuchende niedrigschwellig informiert, unterstützt und an geeignete Stellen  
84 weitervermittelt. Menschen die psychotherapeutische Hilfe benötigen sind oft  
85 nicht in der Lage sich selber Hilfe zu suchen. Um diesen Menschen zu helfen  
86 fordern wir das Vermittlungsangebot der kassenärztlichen Vereinigung zu  
87 erweitern. Diese soll neben der Psychotherapeutischen Sprechstunde auch als  
88 Vermittlungsstelle für einen niedrigschwelligeren Zugang zu längerfristige  
89 Therapie dienen. Wir fordern die Stärkung und Unterstützung von Beratungs und  
90 Informationsstellen, und wenn nötig fordern wir eine bedarfsgerechte Erweiterung  
91 dieser Angebote.

92 Des Weiteren setzen wir uns dafür ein, das Projekt "Nummer gegen Kummer" mit  
93 sofortiger Wirkung zu refinanzieren.

94 Wir kämpfen weiterhin gegen eine Stigmatisierung von psychischen Erkrankungen  
95 an. Dazu gehört, dass psychische Erkrankungen kein Ausschlusskriterium für die  
96 Einstellung oder Verbeamtung sein dürfen.

97 Schulgesundheitspflege implementieren

98 Wir setzen uns für die Einführung von Schulgesundheitsfachkräften an Berliner  
99 Schulen, um die Gesundheitsversorgung, Gesundheitsförderung und Prävention zu  
100 stärken. Diese Fachkräfte sollen Aufgaben wie Erste Hilfe, Betreuung bei akuten  
101 Erkrankungen, Unterstützung von Schüler\*innen mit chronischen Krankheiten oder  
102 Behinderungen, regelmäßige Gesundheitsuntersuchungen, Beratung und  
103 Präventionsmaßnahmen übernehmen. Die Implementierung soll wissenschaftlich  
104 begleitet und durch das Land Berlin finanziert werden.

105 Demographischer Wandel

106 Unsere Gesellschaft verändert sich laufend und wird immer älter. Das bringt in  
107 vielen Bereichen Herausforderungen mit sich. Als Grüne Jugend Berlins setzen wir  
108 uns für eine generationengerechte Politik ein, die die Interessen von allen  
109 Generationen, sowie zukünftigen Generationen konsequent mitdenkt.

110 Als Grüne Jugend Berlin fordern wir daher:

111 Wahlalter ab 12 - Demokratische Teilhabe ermöglichen!

112 Als Grüne Jugend Berlin lehnen wir die Beschränkung des Wahlrechts aufgrund des  
113 Alters einer Person ab. Langfristig muss das politische Ziel sein, Wahlrecht  
114 bereits ab der Geburt zu ermöglichen. Kurzfristig setzen wir uns für eine  
115 Herabsetzung des Wahlalters auf 12 Jahre für Wahlen des Berliner  
116 Abgeordnetenhauses und der Bezirksverordnetenversammlungen ein.

117 Wir fordern außerdem einen Ausbau von politischen Bildungsangeboten für alle  
118 Bevölkerungsgruppen. Die Inhalte davon müssen für alle Teile der Gesellschaft  
119 verfügbar sein und verständlich sowie barrierearm aufbereitet werden.

120 Außerdem müssen auch Wahlen selbst verständlich und barrierearm gestaltet  
121 werden.

## 122 Drogenpolitik - Verbotspolitik war gestern!

123 Die teilweise Legalisierung von Cannabis auf Bundesebene war ein Schritt in die  
124 richtige Richtung, sie reicht allerdings nicht aus. Es braucht eine vollständige  
125 Legalisierung, einhergehend mit umfassenden Aufklärungsmaßnahmen und  
126 Hilfsangeboten für Suchterkrankte. Statt Verbotspolitik erkennen wir die  
127 Lebensrealität der Menschen an und versuchen sie in dieser zu unterstützen.

128 Als Grüne Jugend Berlin fordern wird:

129 Bessere Hilfsangebote für Konsument\*innen

130 Es braucht einen Ausbau der Angebote des Drug-Checkings: Konsument\*innen von  
131 Drogen müssen in der Lage sein, informierte Entscheidungen zu treffen. Drug-  
132 Checking ermöglicht es Personen, genau herauszufinden, ob Drogen mit  
133 gesundheitsschädlichen Stoffen gestreckt wurden. Dabei ist wichtig, dass solche  
134 Checks kostenlos und anonym stattfinden, damit Nutzer\*innen vor Strafverfolgung  
135 sicher sind. Zudem braucht es den Ausbau von Drogenkonsumräumen, damit diese  
136 flächendeckend verfügbar sind.

137 Cannabis-Modellprojekte in ganz Berlin

138 Die Bezirke Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg haben sich auf den Weg  
139 gemacht, ein wissenschaftlich begleitetes Modellprojekt zur Abgabe von Cannabis  
140 zum Freizeitkonsum zu ermöglichen. Das begrüßen wir und fordern weitere Projekte  
141 in ganz Berlin.

## 142 Sportmetropole für alle!

143 Berlin ist eine Sportmetropole. Dafür ist jedoch nicht nur der Profisport  
144 verantwortlich. Für viele Menschen in unserer Stadt gehört Sport zum Alltag und  
145 leistet einen wichtigen Beitrag zur physischen und mentalen Gesundheit! Für uns  
146 als Grüne Jugend Berlin ist deshalb klar: Sport ist für alle da und muss daher  
147 in allen Bereichen gerecht finanziert, strukturell gestärkt und  
148 diskriminierungsfrei zugänglich sein. Die Berliner Sportlandschaft muss so  
149 gestaltet werden, dass sie sowohl Breiten- als auch Leistungssport fördert und  
150 gleichzeitig allen Bevölkerungsgruppen offensteht.

151 Der Sanierungsstau der Berliner Sportstätten und Schwimmbäder muss gezielt  
152 bekämpft werden. Zu oft scheitert Sport daran, dass es an Plätzen zum Trainieren  
153 mangelt oder Sportstätten in einem maroden Zustand sind. Wir setzen uns für eine  
154 konsequente Sanierung und den Ausbau von Sportinfrastruktur ein, damit Sport für  
155 alle Menschen in Berlin zugänglich bleibt.

156 Als Grüne Jugend Berlin fordern wir:

157 Mehr und bessere Sportstätten für unsere Stadt

158 Berlin braucht mehr multifunktionale Sportstätten, die für verschiedene  
159 Sportarten genutzt werden können. Die Sanierung der bestehenden Sportstätten muss  
160 konsequenter, nachhaltiger und geordneter erfolgen. Sportstätten und öffentliche  
161 Sportanlagen müssen barrierefrei zugänglich sein, damit Menschen mit  
162 Behinderungen gleichberechtigt am Sport teilnehmen können.

163 Ein gerechtes und transparentes Sportbudgeting

164 Wir fordern den Senat, die Bezirkssportämter sowie die Landes- und  
165 Bezirkssportbünde auf, ein umfassendes Gender- und Sportartenbudgeting  
166 einzuführen. Dies muss auch die Vergabe von Sportstättenbelegungen umfassen,  
167 damit alle Gruppen gleichberechtigt Zugang zu Sportanlagen erhalten. Das  
168 Budgeting muss öffentlich einsehbar sein und zu realen Veränderungen führen.  
169 Frauen- und queere Sportangebote sowie inklusive Sportprojekte müssen gezielt  
170 gefördert werden, um strukturelle Ungleichheiten abzubauen.

171 Faire Kostenverteilung im Profisport

172 Polizeigewalt und ein übermäßiges, militarisiertes Auftreten der Polizei sind  
173 bei Fußballspielen keine Seltenheit.

174  
175 Für uns ist klar, dies ist keine Lösung, um Gewalt zu reduzieren und wir  
176 kritisieren dieses Auftreten scharf. Wir fordern außerdem Präventivmaßnahmen wie  
177 Awareness-Konzepte der Vereinen bei Veranstaltungen und Spielen, insbesondere  
178 bei Hochrisikospielen.

179 Um eine faire Kostenverteilung im Profisport zu fördern, muss der Berliner Senat  
180 muss sich der Bremer Praxis anschließen und die extra Kosten für  
181 Hochrisikospiele an die Deutsche Fußball Liga (DFL) weiterleiten. Es ist nicht  
182 hinnehmbar, dass die Allgemeinheit für die hohen Sicherheitskosten bei  
183 bestimmten Fußballspielen aufkommt, während Vereine hohe Einnahmen erzielen.  
184 Dabei ist klar, dass diese Praxis nur für gewinnorientierte Veranstaltungen  
185 gilt, an der voraussichtlich mehr als 5.000 Personen zeitgleich teilnehmen  
186 werden, wenn wegen erfahrungsgemäß zu erwartender Gewalthandlungen der Einsatz  
187 von zusätzlichen Polizeikräften vorhersehbar erforderlich wird.

188 Schwimmbäder sanieren

189 Schwimmbäder sind für den Schul- und Breitensport essentiell und müssen instand  
190 gehalten und ausgebaut werden. Darüber hinaus kann Schwimmen überlebenswichtig  
191 sein. Daher muss sichergestellt werden, dass alle Berliner\*innen die  
192 Möglichkeiten haben, Schwimmen zu lernen, unabhängig von ihrem Einkommen, ihrer  
193 Herkunft oder anderen Merkmalen. Wir als Grüne Jugend Berlin fordern kostenlosen  
194 Zugang für Schüler\*innen in Schwimmbäder.

195 E-Sport als Sport anerkennen und gemeinnützig gestalten

196 In Berlin gibt es bereits heute zahlreiche Vereine in denen Mitglieder  
197 professionel E-Sports betreiben. Die Mitglieder trainieren dabei oft mit  
198 Trainingsplänen, um ihre mentale und physische Fitness zu steigern. Vereine  
199 können auch bei der Suchtprävention eine elementare Rolle spielen und bieten  
200 einen Ort des sozialen Austausches. Daher müssen E-Sport Vereine in Berlin  
201 stärker unterstützt werden. Ohne eine Anerkennung von E-Sport als Sport bleiben  
202 ihnen jedoch Zugänge zu Fördermöglichkeiten verwehrt. Daher fordern wir vom  
203 Berliner Senat E-Sport als Sport anzuerkennen.

204 Ehrenamt in Sportvereinen fördern

205 Eine solidarische Gesellschaft lebt von Menschen, die sich für andere Menschen  
206 einsetzen. Berlinweit sind das unter anderem über 60.000 Menschen, die  
207 ehrenamtlich z.B. als Betreuer\*innen, Trainer\*innen, Schiedsrichter\*innen oder  
208 Platzwärter\*innen in Sportvereinen aktiv sind und das Fundament des  
209 organisierten Sports bilden.

210 Dieses ehrenamtliche Engagement wollen wir als Grüne Jugend Berlin durch eine  
211 Erhöhung der Ehrenamtszuschale und die regelmäßige Überprüfung und Anpassung  
212 der Übungsleitungszuschale fördern, so dass auch Menschen mit geringem  
213 Einkommen diese Tätigkeiten ausüben können. Neben der finanziellen Förderung  
214 setzen wir uns auch für die Stärkung der Aus- und Fortbildung von Trainer\*innen  
215 ein. Dabei soll in der Ausbildung von Trainer\*innen das Thema "sexualisierte  
216 Gewalt im Sport" verpflichtend sein sowie die Information zu  
217 Präventionsmaßnahmen und Schutzkonzepten.

218 Frauensport fördern – Sport ist nicht nur Männerfußball

219  
220 Frauensport hat in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung und Aufmerksamkeit  
221 gewonnen. Dennoch bleibt die finanzielle und mediale Unterstützung im Vergleich  
222 zum Männersport, insbesondere zum Männerfußball, unzureichend. Als Grüne Jugend  
223 Berlin setzen wir uns dafür ein, dass Sportler\*innen die Aufmerksamkeit,  
224 Reichweite und Förderung erhalten die ihnen zusteht. Ein Mittel dafür können  
225 auch sportliche Großveranstaltungen im Frauensport sein.

226  
227 Für uns als Grüne Jugend Berlin ist klar, dass solche Sportgroßereignisse  
228 ökologisch nachhaltig gestaltet werden müssen und Deutschland eine Vorbildrolle  
229 für soziale Standards und Menschenrechte einnehmen muss. Demonstrationsverbote,  
230 wie sie zuletzt von der UEFA im Zuge der Herren Fußball-Europameisterschaft 2024  
231 gefordert wurden, lehnen wir entschieden ab. Wenn solche Forderungen zur  
232 Bedingung einer Austragung werden, ist das für uns nicht akzeptabel. Damit geht  
233 auch einher, dass die Bedingungen für die Austragung von Großveranstaltungen  
234 transparent gemacht werden müssen und für die Öffentlichkeit einsehbar sein  
235 müssen.

236 Eine zentrale Frage bei sportlichen Großveranstaltungen ist auch die  
237 Kostenverteilung. Es muss dabei stets sichergestellt werden, dass sportliche  
238 Großereignisse nicht auf Kosten des Breitensportes finanziert werden. Außerdem  
239 lehnen wir Veranstaltungen ab, deren Kosten größtenteils durch die  
240 Steuerehenden getragen werden, während die Gewinne privatisiert werden.  
241 Steuerbefreiung für die austragenden Unternehmen lehnen wir ab, um eine faire  
242 Lastenverteilung sicherzustellen.

243  
244 Insofern diese Bedingungen erfüllt sind begrüßen wir auch die Initiative von  
245 Deutschland sich um die Frauen Fußball-Europameisterschaft 2029 zu bewerben.

246 Sportliche Förderung in der SchuleMancherorts fällt in Berlin jahrelang wegen  
247 maroder Sporthallen der Sportunterricht aus. Daher setzen wir uns alle Grüne  
248 Jugend Berlin für ein berlinweites Förderprogramm zur Sanierung und Neubau von  
249 Sporthallen an Schulen ein. Dabei sollen die Standards der UN-  
250 Behindertenrechtskonvention beachtet und Orte geschaffen werden, an denen alle  
251 Jugendlichen und Kinder in ihrer Freizeit die Möglichkeit erhalten, kostenlos  
252 Sport zu treiben. Des Weiteren sollte der Sportunterricht nicht auf  
253 Leistungsdruck durch Noten basieren, sondern stattdessen den Spaß von Kindern an  
254 Sport und Bewegung fördern.

255 Sport in Berlin darf kein Luxus sein. Ob Breiten- oder Leistungssport, jede\*r  
256 muss Zugang zu guten Sportangeboten und Sportstätten haben. Die Grüne Jugend  
257 Berlin setzt sich dafür ein, dass Sportstrukturen gerechter, inklusiver und  
258 nachhaltiger gestaltet werden!

## Beschluss The kids aren't alright - Gerechte Bildung für Groß und Klein ins Berliner AGH-Wahlprogramm 2026

Gremium: Landesmitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 23.03.2025  
Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

### Antragstext

1 Bildung sollte kein Privileg, sondern ein Grundrecht sein – unabhängig von  
2 sozialer Herkunft, finanziellen Mitteln oder Wohnort. Doch in Berlin sind  
3 Chancen ungleich verteilt: Frühkindliche Bildung hängt von Kitaplätzen und  
4 Personalschlüsseln ab, Schulen sind unterfinanziert und selektiv,  
5 Ausbildungsplätze bleiben für viele unerreichbar, und Hochschulen werden  
6 zunehmend von Leistungsdruck und sozialer Auslese geprägt. Junge Menschen  
7 brauchen ein Bildungssystem, das nicht aussortiert, sondern unterstützt – mit  
8 kostenfreier und guter Bildung von Anfang an, demokratischen Schulen ohne  
9 Notendruck, einer garantierten Ausbildungsperspektive und einer Hochschule, die  
10 allen offensteht. Wir fordern eine radikale Umgestaltung, die Chancengleichheit  
11 zur Realität macht.

### 12 Frühkindliche Bildung

13 Die frühkindliche Bildung muss als eigenständiger Bildungsbereich gestärkt  
14 werden und darf nicht primär einer schulvorbereitenden Funktion untergeordnet  
15 werden. Kitas sind Bildungsorte, keine reinen Betreuungsstätten. Um gleiche  
16 Bildungschancen für alle Kinder zu gewährleisten, fordern wir:

- 17 1. Die schrittweise Abschaffung privater Kitas und die vollständige  
18 Finanzierung frühkindlicher Bildung durch die öffentliche Hand,
- 19 2. Die Abschaffung von Elternzuzahlungen, um den Zugang zu frühkindlicher  
20 Bildung unabhängig von finanziellen Ressourcen zu gewährleisten. Zur  
21 vermögens- und einkommensgerechten Beteiligung am Bildungssystem müssen  
22 übergreifende Lösungen im steuerlichen Bereich gefunden werden,
- 23 3. Die Abschaffung der nur 95%-igen Förderung vom Senat und dadurch  
24 entstehende Leistungsminimierung durch die Träger, um die ungedeckten  
25 Kosten zu minimieren,
- 26 4. Die Veränderung des Systems hin zu einer Objektfinanzierung, um die  
27 Infrastruktur und Qualität langfristig zu sichern
- 28 5. Ein verpflichtendes Kita-Jahr

29 Damit stellen wir sicher, dass frühkindliche Bildung allen Kindern gleichermaßen  
30 zugutekommt und nicht von wirtschaftlichen Interessen beeinflusst wird.

31 Schule

32 Wir wollen demokratische und gerechte Schulen für alle! Deshalb fordern wir:

33 • Konzept zur Information von Eltern nicht-deutscher Muttersprache zur  
34 Einschulung

35 • grundlegende Demokratisierung von Berliner Schulen

36 ◦ SVen und Rechte der Schüler\*innen stärken

37 Dazu gehört beispielsweise die Teilnahme an allen wichtigen Gremien  
38 als stimmberechtigte Mitglieder, statt wie bisher lediglich in  
39 beratender Funktion. Wir halten es zudem für sinnvoll, Mitglieder  
40 der SV an Auswahlverfahren neuer Lehrkräfte beratend mitwirken zu  
41 lassen und auch die Teilnahme an Studientagen für Lehrkräfte zu  
42 erleichtern. Um die Durchschlagskraft von SV-Projekten zu stärken,  
43 fordern wir schließlich ein festes Budget für diese. Ein solches  
44 würde der Unabhängigkeit der SV zugute kommen und die Schüler\*innen  
45 würden den verantwortungsbewussten Umgang mit finanziellen  
46 Ressourcen früh erlernen.

47 ◦ Lehrkräfte verpflichtend im Bereich Demokratiebildung ausbilden

48 ◦ Parität in der Schulkonferenz

49 ◦ eine Überarbeitung des §84a Klassenrat im Berliner Schulgesetz. Der  
50 Klassenrat soll dort dezidiert als demokratiepädagogisches  
51 Instrument gefasst werden, welches über die reine Konfliktklärung  
52 hinaus der Mitbestimmung der Schüler\*innen an Schulentwicklung und  
53 Unterrichtsgestaltung dient. Schüler\*innen sollen ab dem ersten  
54 Schuljahr das Recht auf mindestens einen wöchentlichen Klassenrat  
55 gewährt bekommen. Sie sollen per Schulkonferenz beschließen können,  
56 dass der Klassenrat zwei Mal pro Woche stattfinden kann. Die Schulen  
57 sollen die Aufgabe erhalten, die Schüler\*innen über den Zweck des  
58 Klassenrats und ihre Schüler\*innenrechte intensiv aufzuklären.  
59 Darüber hinaus sollen Lehrkräfte zu der Durchführung von Klassenrat  
60 in der Lehramtsausbildung und durch Fortbildungen befähigt werden.  
61 Dies ist ein notwendiger Bestandteil des Berufs.

62 ◦ Schulaufsicht: kontroll- und beratende Funktion muss getrennt werden

63 ◦ Demokratische Schulentwicklung fördern. Dazu zählt für uns, dass  
64 Schüler\*innen verstärkt in die Entwicklung von Lehrplänen und  
65 Schulregeln integriert werden, die Zusammenarbeit von Schulen mit  
66 Organisationen, wie den Zentralen für politische Bildung gestärkt  
67 wird und Schüler\*innen frühzeitig Einblicke in demokratische  
68 Prozesse erhalten. Nur durch konkrete Maßnahmen kann sichergestellt  
69 werden, dass eine demokratische Schulentwicklung stattfindet und

- 70 damit das Verständnis von Demokratie in der Schülerschaft geschärft  
71 wird.
- 72 • Ziffernoten abschaffen und stattdessen Feedbackgespräche einführen
  - 73 ◦ an Grundschulen sofort, weiterführenden Schulen langfristig
  - 74 ◦ für Abschlüsse sind Noten aktuell notwendig, aber müssen mit  
75 Berichten ergänzt werden
  - 76 • Hausaufgaben abschaffen -> Schul-Lernzeit einführen für vertiefende  
77 Übungen
  - 78 • Berufseinstieg und Verbeamtung:
    - 79 ◦ Menschen, die Psychotherapie in Anspruch nehmen, schützen. Wir  
80 wollen Diskriminierung gegen psychisch erkrankte Menschen verhindern
    - 81 ◦ Nichtverbeamtung wegen BMI beenden
    - 82 ◦ Verhindern, dass angehende Lehrkräfte wegen ihres demokratischen,  
83 politischen Engagements auf dem Boden des Grundgesetzes in ihrer  
84 Ausbildung behindert werden
    - 85 ◦ Kopftuchverbot für Lehrkräfte abschaffen
  - 86 • obligatorische Freistellung & verbindliche Wahrnehmung von Fortbildungen
  - 87 • Probeunterricht abschaffen, wir wollen eine freie Schulwahl &  
88 unverbindliche Schulempfehlungen wie zB in Niedersachsen
  - 89 • inklusive Gemeinschaftsschule als präferiertes Schulmodell fördern
  - 90 • Inhalte der Informatik müssen in den Lehrplan integriert werden
  - 91 • die Abschaffung der Aufgliederung des Schulsystems und die Einführung  
92 einer "Schule für alle", an der alle Schulabschlüsse erworben werden -  
93 Gymnasien abschaffen!
  - 94 • die konsequente Umsetzung des verfassungsrechtlichen Sonderungsverbots,  
95 damit die Zusammensetzung der Schüler\*innen an Privatschulen der Vielfalt  
96 Berlins entspricht
  - 97 • eine Stärkung des projektorientierten Unterrichts. Langfristiges Ziel soll  
98 die Überwindung der Einteilung in Schulfächern sein. Wir wollen, dass  
99 Schule in Zukunft projektorientiert stattfindet
  - 100 • multiprofessionelle Teams & Inklusion stärken
    - 101 ◦ Um Chancengleichheit und Inklusion zu fördern muss die Deckelung der  
102 Lehrkräftestunden an Brennpunktschulen rückgängig gemacht werden.  
103 Bis zur Etablierung inklusiver Regelschulen in ganz Berlin, muss in

104 jedem Bezirk die Förderung von Schülis aller Förderschwerpunkte  
105 durch die Bereitstellung von Fachpersonalstellen, angemessenem  
106 Material und Räumlichkeiten in Schwerpunktschulen ermöglicht werden.

107 • Lehrkräftebildung

108 ◦ die Erhöhung der Mittel für die Lehrkräftebildung zusätzlich zum  
109 grundsätzlichen Mittelaufwuchs von 3,5%

110 ◦ faire Bezahlung des Praxissemesters

111 ◦ Aufwuchs der Studienplätze nach Schulform und Fachrichtung

112 ◦ Mentale Gesundheit, Beziehungsarbeit, Teamarbeit, Konfliktfähigkeit,  
113 Antidiskriminierung, Demokratiebildung und kritische  
114 Auseinandersetzung mit Machtstrukturen an Schulen

115 ◦ Aus- und Weiterbildung in den pädagogisch-didaktischen Möglichkeiten  
116 digitalen Lehren und Lernens in einer digitalen Lernumgebung

117 ◦ Fort- und Weiterbildung für sprachsensiblen Fachunterricht

118 ◦ Ausbildung muss LK auf Differenzierung im Unterricht an  
119 Gemeinschaftsschule vorbereiten

120 ◦ Modellprojekt für duale Lehramtsstudiengänge in Berlin einführen

121 • Lehrplan:

122 ◦ Wir fordern eine stärkere Betonung von Bildung für nachhaltige  
123 Entwicklung (BNE) im Lehrplan, die über den fächerübergreifenden  
124 Ansatz hinaus geht. Schüler\*innen müssen unter anderem besser über  
125 die Klimakrise, ihre Folgen, Gegenmaßnahmen und damit  
126 zusammengehörende Gerechtigkeitsfragen aufgeklärt werden. BNE muss  
127 künftig ein fester Bestandteil des Lehramtsstudiums in der  
128 Bundeshauptstadt sein. Wir dürfen es nicht weiter zulassen, dass  
129 zentrale Herausforderungen unserer Zeit, unserer Generation und  
130 Nachfolgenerationen wie Armut, Bildungsungleichheit,  
131 Geschlechterungerechtigkeit oder die Klimakrise nicht im Unterricht  
132 behandelt werden. Mithilfe von BNE werden junge Menschen befähigt,  
133 sich trotz Widersprüchen, Unsicherheiten und Zielkonflikten an  
134 Aushandlungs- und Gestaltungsprozessen für eine nachhaltige  
135 Entwicklung - die Lösung der Herausforderungen unserer Zeit -  
136 einzusetzen.

137 ◦ Gesundheitsförderung und Mentale Gesundheit in den Lehrplan

138 ◦ Sexualekundeunterricht reformieren

- 139           ◦ Stopp mit westlicher Sicht in Geschichtsunterricht
  
- 140           ◦ bessere Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Deutschlands im  
141           Geschichtsunterricht
  
- 142           ◦ stärkerer Gegewartsbezug in der Aufarbeitung des  
143           Nationalsozialismus, insb. der Shoa, und dessen Kontinuitäten
  
- 144           • Gleitzeitsystem in Schulen einführen
  
- 145           • die vollständige Lernmittelfreiheit für alle Schüler\*innen unabhängig vom  
146           Sozialleistungsbezug
- 147           ◦ dazu gehört auch die Zurverfügungstellung von digitalen Endgeräten  
148           für alle Schüler\*innen

## 149 Berufsorientierung

150 Die GRÜNE JUGEND Berlin fordert eine Verbesserung der  
151 Berufsorientierungsangebote an allgemeinbildenden Schulen. Bildungseinrichtungen  
152 sollen nicht bloß Wissen vermitteln, sondern Schüler\*innen auf die zunehmend  
153 komplexe Welt vorbereiten.

154 Berufsorientierung muss ab der 7. Klasse als fester Bestandteil des Lehrplans  
155 verankert werden. Dabei müssen Schüler\*innen auch praxisnah auf  
156 Bewerbungsprozesse vorbereitet werden. Es braucht mehr Raum für Praktika,  
157 Betriebserkundungen und praxisnahe Projekte im Unterricht und die Einführung  
158 regelmäßiger individueller Berufsorientierungsgespräche für alle Schüler\*innen.  
159 Dazu unterstützen wir die Einführung eines Perspektivenjahres.

160 Außerdem fordern wir verpflichtende Module zu Arbeitnehmer\*innenrechten und die  
161 Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, um Schüler\*innen über ihre Rechte im  
162 Berufsleben zu informieren.

163 Wir fordern eine gleichwertige Berufsorientierung für Ausbildungs- und  
164 akademische Berufe durch die Einführung von Projekttagen und Praktika mit Fokus  
165 auf handwerkliche, technische und soziale Berufe und die Förderung von  
166 Ausbildungsbotschafter\*innen an Schulen.

167 Die Berufsorientierungsangebote an Schulen müssen frei von  
168 Geschlechterstereotypen sein. Wir fordern eine geschlechtersensible Beratung  
169 durch Expert\*innen und gezielte Förderprogramme, um geschlechtsstereotypische  
170 Berufswahlen zu vermeiden.

171 Berlin braucht eine zukunftsorientierte, nachhaltige und gerechte Berufsbildung  
172 – jetzt!

## 173 Hochschule

174 In einer modernen Hochschullandschaft muss die digitale Transformation dafür  
175 sorgen, dass Bildung für alle zugänglich und flexibel wird. Wir müssen alle  
176 Berliner Hochschulen in ihren digitalen Angeboten massiv ausbauen: von  
177 interaktiven Online-Lernplattformen über virtuelle Labore bis hin zu digitalen

178 Bibliotheken. Besonders in gestalterischen Studiengängen ist der  
179 Materialverbrauch extrem hoch, was viele Studierende vor enorme finanzielle  
180 Herausforderungen stellt. Deshalb ist der Aufbau eines gezielten Förderprogramms  
181 für Materialkosten und digitale Werkzeuge dringend notwendig! Außerdem müssen  
182 bedürftigen Studierenden digitale Endgeräte kostenlos zur Verfügung gestellt  
183 werden.

184 Wir wollen die Abschlussnote als zentrales Auswahlkriterium für die  
185 Studienplatzvergabe abschaffen. Stattdessen sollen Verfahren eingeführt werden,  
186 welche die Motivation der Bewerbenden in den Vordergrund stellen.  
187 Solche Verfahren müssen so gestaltet sein, dass Bewerber\*innen aus weniger  
188 privilegierten Familien nicht benachteiligt oder soziale Ungleichheiten  
189 verstärkt werden. Um dies sicherzustellen, benötigt es eine externe Evaluierung,  
190 sodass die Chancengleichheit kontinuierlich verbessert wird. Um  
191 Chancengleichheit nachhaltig zu erhöhen, muss bereits in der Schule angesetzt  
192 werden, indem durch Empowerment-Strukturen Schüler\*innen aus sozial  
193 benachteiligten Gruppen ein faire Chance in solchen Verfahren ermöglicht wird.  
194 Es muss verhindert werden, dass Bewerbungsverfahren teure Materialien oder  
195 unbezahlte Arbeit voraussetzen.  
196 Wir fordern die Abschaffung des endgültigen Nichtbestehens, es darf keine  
197 Begrenzung der Prüfungsversuche geben.

198 In den letzten Jahren gab es im Rahmen des Israel-Palästina Konflikts zahlreiche  
199 Debatten über antisemitische Bedrohung, antipalästinensischen Rassismus und  
200 Wissenschaftsfreiheit an den Berliner Hochschulen. Die Lehre daraus muss sein:  
201 Studierende jeglicher Diskriminierung müssen konsequent geschützt werden. Oft  
202 agiert die Polizei eskalierend statt deeskalierend. \*Deshalb muss die Polizei  
203 grundsätzlich anders vorgehen. An Hochschulen braucht es andere Konzepte zur  
204 Sicherstellung von Sicherheit, die ohne Polizei auskommen. Wir fordern eine  
205 Abschaffung des Ordnungsrechts an Berliner Hochschulen, den Schutz der  
206 Wissenschaftsfreiheit und kontroverser wissenschaftlicher Debatte sowie den  
207 konsequenten Schutz von Studierenden, die von Antisemitismus und/oder Rassismus  
208 betroffen sind.

209  
210 Darüber hinaus muss die Demokratie an Hochschulen gestärkt werden:  
211 Studierendenvertretungen müssen echte Einflussmöglichkeiten erhalten durch eine  
212 viertel-paritätische Besetzung aller Gremien der akademischen Selbstverwaltung.  
213 Die GRÜNE JUGEND Berlin fordert außerdem die explizite Festschreibung des  
214 allgemeinpolitischen Mandats der Studierendenschaften im Berliner  
215 Hochschulgesetz.

216 Wir wollen prekäre Arbeitsverhältnisse an Universitäten beenden und  
217 solidarisieren uns mit den Forderungen von TVStud.

218  
219 Die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist für Studierende dramatisch. Berlin muss den  
220 Neubau von Wohnheimen deshalb massiv beschleunigen. Zudem muss es sich dafür  
221 einsetzen, dass sich das BAföG nach den tatsächlichen Kosten der Wohnung  
222 richtet, jedenfalls aber abhängig nach Wohnort festgesetzt wird. Berlin soll  
223 sich zudem für eine grundlegende Reform des BAföG einsetzen. Hier braucht es  
224 einen automatischen Inflationsausgleich wie bei anderen Sozialleistungen. Zudem  
225 braucht es einen vollständigen Zuschuss, eine komplette Elternunabhängigkeit und  
226 die Ausweitung der Förderzeit. Außerdem soll eine Familienversicherung bis zum  
227 30. Lebensjahr möglich sein. Von der Zahlung des Rundfunkbeitrags sollen

228 Freiwilligendienstleistende befreit sein. Für Studierende, die nicht BAföG  
229 beziehen, und Auszubildende muss der Rundfunkbeitrag ermäßigt werden.

## 230 Ausbildung

231 Wir setzen uns außerdem für eine Aufwertung der dualen Ausbildung in Berlin ein.  
232 Dafür fordern wir die Schaffung eines Auszubildendenwerks, analog zum  
233 Studierendenwerk. Das Azubiwerk soll eigene Wohnheime und Mensen für Azubis  
234 betreiben, um den kaum bezahlbaren Lebenshaltungskosten für Azubis  
235 entgegenzuwirken. Es soll außerdem soziale Beratung für Auszubildende anbieten  
236 und einen Fokus auf die Förderung von Demokratie im Betrieb legen, indem  
237 besonders die Gründung von Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAVen)  
238 unterstützt wird und JAVen in ihrer Arbeit beraten werden.

239 Um genügend hochwertige Ausbildungsplätze zu schaffen, fordern wir die  
240 Einführung einer umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie. Die Umlage soll  
241 ausbildende Betriebe finanziell unterstützen, um Anreize zur Schaffung von  
242 Ausbildungsplätzen zu bieten und Investitionen in Ausbildungsqualität zu  
243 erleichtern. Die Umlage wird am besten in den allgemeinverbindlichen  
244 Tarifverträgen pro Branche festgehalten. Wo keine tarifliche Lösung gilt, muss  
245 jedoch eine gesetzliche Regelung greifen. Bei der Ausbildungsplatzgarantie muss  
246 die betriebliche Ausbildung immer Vorrang vor schulischen Modellen haben.

247 Damit die Entscheidung für einen Ausbildungsberuf nicht vom Einkommen der Eltern  
248 abhängt, muss die Mindestausbildungsvergütung auf mindestens 992 € netto  
249 steigen. Zusätzlich fordern wir einen staatlichen Lernmittelzuschuss für alle  
250 Azubis.

## 251 Berufsschulen

252 Der Unterricht an Berufsschulen muss grundlegend reformiert werden.  
253 Auszubildende sollen nicht ausschließlich auf Abschlussprüfungen vorbereitet  
254 werden, sondern auf das reale Berufsleben. Dafür ist es notwendig, dass in  
255 Zusammenarbeit mit Auszubildenden, Gewerkschaften, Berufsschullehrkräften,  
256 Ausbilder\*innen, Wissenschaftler\*innen und den Kammern moderne, zeitgemäße  
257 Rahmenlehrpläne entwickelt werden. Diese müssen auch den gezielten Einsatz  
258 aktueller sowie zukunftsweisender Technologien in den jeweiligen Berufsfeldern  
259 integrieren – beispielsweise den Umgang mit KI in der Informatik – und somit die  
260 Ausbildung an die sich wandelnden Anforderungen der Arbeitswelt anpassen.

261  
262 Gleichzeitig soll der Schwerpunkt vom reinen Auswendiglernen weg verlagert  
263 werden. Stattdessen wird der kompetenzorientierte Umgang mit Hilfsmitteln wie  
264 zum Beispiel Formelsammlungen und Taschenrechnern in den Mittelpunkt gestellt,  
265 um das Verständnis und die praktische Anwendung von Wissen zu fördern

## Beschluss Berliner Sozial-, Wirtschafts- und Arbeitspolitik – aber basiert!

Gremium: Landesmitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 23.03.2025  
Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

### Antragstext

- 1 In der Politik ist alles eine Frage des Wollens. Ein löchriger Sozialstaat; eine
- 2 Wirtschaft, die vor allem die stärksten Player fördert; ein Arbeitsmarkt, auf
- 3 dem die\*der Otto-Normal-Arbeitnehmer\*in viel zu oft das Nachsehen hat – das
- 4 alles ist kein Naturgesetz, sondern eine Frage des politischen
- 5 Veränderungswillens. Dabei ist unser Grundsatz in jeder Frage klar: der Mensch,
- 6 seine unverletzliche Würde bildet den Grundstein unseres politischen Handelns.
- 7 Dieser Grundsatz bezieht selbstverständlich auch alle Menschen ein, die noch
- 8 nach uns kommen werden.
  
- 9 Sozialpolitik: einfach, praktisch, gut
  
- 10 Soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit sind in Deutschland der gesetzlich
- 11 zugesicherte Anspruch der Sozialgesetzgebung. Dieses Bekenntnis ist für viele
- 12 Menschen aber nicht mehr als ein schlechter Witz. Wer mit offenem Herzen durch
- 13 Berlin geht, dem ist vollkommen klar: Unser soziales Netz ist so löchrig wie ein
- 14 Schweizer Käse. Unsere Forderung ist deshalb simpel und scheint für viele
- 15 Politiker\*innen doch unvorstellbar: Die Würde des Menschen ist unantastbar.
- 16 Darauf bezieht sich auch der Grundsatz unserer Sozialgesetzgebung. Dem müssen
- 17 wir gerecht werden.
  
- 18 Ein Grundstein dafür ist, dass soziale Arbeit endlich ausfinanziert wird. Der
- 19 Staat darf sich nicht länger darauf verlassen, dass das Gebilde aus einer
- 20 handvoll Hauptamtlichen zusammen mit unzähligen Ehrenamtler\*innen es schon
- 21 richten wird. Zu einer angemessenen Finanzierung gehört auch, dass das
- 22 Zuwendungsrecht reformiert wird: Wir fordern eine mehrjährige Projektförderung
- 23 als Standard und mehr Vertrauen in die Träger. Es kann nicht sein, dass im
- 24 Rahmen des Zuwendungsrechts ein gigantischer Verwaltungsaufwand entsteht, der
- 25 wichtige Kapazitäten bindet. Um bürokratische Hürden weiter abzubauen, müssen
- 26 zudem alle Förderprogramme des Landes Berlin und Bezirke zentral und leicht
- 27 zugänglich auffindbar sein.
  
- 28 Die sozialen Problemlagen unserer Stadt drehen sich meist um Armut, Drogenkonsum
- 29 sowie Wohnungs- und Obdachlosigkeit. Dabei sind alle drei Kategorien oft in sehr
- 30 komplexen Strukturen eng miteinander verbunden. Die sozialen Problemlagen
- 31 unserer Stadt drehen sich meist um Armut, Drogenkonsum sowie Wohnungs- und
- 32 Obdachlosigkeit. Alle drei Kategorien sind oft in komplexen Strukturen eng
- 33 miteinander verbunden. Das Kernproblem ist hier der Kapitalismus und seine
- 34 wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Zwänge. Um dieses Kernproblem zu
- 35 beheben, arbeiten wir langfristig daran den Kapitalismus zu überwinden. Bis

36 dahin unterstützen wir die Betroffenen mit diesen konkreten, landespolitischen  
37 Maßnahmen:

- 38 • Ausbau der Schnittstellen im Hilfesystem
- 39 • Bessere Abstimmung von Versorgungsstrukturen Psychiatrie, Suchthilfe und  
40 Wohnungslosenhilfen
- 41 • Einsatz von persönlichen Hilfen nach § 67 ff. SGB XII und  
42 Eingliederungshilfen als Standard
- 43 • Klarer Fokus auf mobile Arbeit und aufsuchende Angebote
- 44 • Bereitstellung von Wohnraum als erste Maßnahme
- 45 • Angebote für Menschen mit ungeklärten sozialrechtlichen Ansprüchen
- 46 • Angebote, bei denen explizit nicht nach sozialrechtlichen Ansprüchen  
47 geschaut wird
- 48 • Stadtteilzentren in allen Prognoseräumen sowie Ausbau weiterer  
49 nachbarschaftlicher Sozialangebote
- 50 • Vorrang von sozialen Einrichtungen bei Gewerbemietverträgen
- 51 • Mehr personelle Kapazitäten für die Sozial- und Wohnungsämter
- 52 • Keine Bezahlkarten im sozialpolitischen Kontext
- 53 • Landesprogramm zur Übernahme von “weißer Ware” (Haushaltsgeräte), die vom  
54 Bürgergeld nicht übernommen wird

55 Inklusion ist Menschenrecht

56 Inklusion ist kein nice to have, sondern ein Grundrecht. Deshalb setzen wir uns  
57 für den Ausbau unabhängiger Beratungsstellen ein, die Menschen unterstützen, ihr  
58 Recht auf Teilhabe durchzusetzen.

59 Für die gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben ist unter anderem der  
60 Abbau von Barrieren im öffentlichen Raum und in öffentlichen Gebäuden zentral.  
61 Die Barrierefreiheit ist kein abstraktes Ziel für eine ferne Zukunft, sondern  
62 ein konkreter Handlungsauftrag. Für öffentliche Gebäude bedeutet das  
63 beispielsweise, dass hier auch der Denkmalschutz teils zurücktreten muss.  
64 Außerdem brauchen wir ein Sonderprogramm, das den barrierefreien Umbau aller S-  
65 und U-Bahn-Stationen in Berlin ermöglicht.

66 Eine weitere Priorität für uns ist die Teilhabe im Arbeitsleben. Für uns ist  
67 klar: Alle Menschen haben ein Recht darauf, am Arbeitsmarkt teilzunehmen. Die  
68 Inklusion in den ersten Arbeitsmarkt muss das Ziel jeder Maßnahme sein. Dabei  
69 ist für uns klar, dass das Werkstätten-System diesem Ziel nicht gerecht wird.  
70 Mittelfristig muss ein Maßnahmen-system aufgesetzt werden, dass bei der Inklusion  
71 in den ersten Arbeitsmarkt unterstützt. Bis dahin müssen auch in Werkstätten  
72 selbstverständlich alle Arbeitnehmer\*innenrechte gelten, die für Beschäftigte  
73 auf dem ersten Arbeitsmarkt auch gelten. In der Erarbeitung jeglicher kommenden

74 arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Bereich Inklusion sind Menschen mit  
75 Behinderung immer zu beteiligen, ihre Expertise ist maßgebend..

76 Schon jetzt sind Unternehmen mit mehr als 20 Mitarbeiter\*innen dazu  
77 verpflichtet, wenigstens auf fünf Prozent der Arbeitsplätze schwerbehinderte  
78 Menschen zu beschäftigen. Doch durch die Möglichkeit der Ausgleichszahlung  
79 drücken sich viele Unternehmen vor ihrer Verantwortung. Die Möglichkeit einer  
80 Ausgleichszahlung wollen wir deshalb für Unternehmen mit mehr als 50  
81 Angestellten streichen. Bleiben diese Unternehmen mittelfristig unter der 5-  
82 Prozent-Hürde, soll stattdessen eine deutlich höhere monatliche Strafzahlung  
83 greifen.

84 Wirtschafts- und Arbeitspolitik, aber auf vernünftig

85 Wirtschaftspolitik und der Einsatz für gute Arbeit gehen für uns Hand in Hand.  
86 Deshalb wollen wir für ein zentrales Werkzeug der Berliner Wirtschaftspolitik –  
87 die Wirtschaftsförderung – klare Standards setzen. Unser Fokus liegt auf  
88 Unternehmen, die nachhaltig wirtschaften, hohe soziale Standards einhalten und  
89 aktiv die Klimakrise bekämpfen. Besonders kleine und/oder gemeinwohlorientierte  
90 Unternehmen wollen wir dabei unterstützen, gegen die Marktmacht von globalen  
91 Playern und Großunternehmen zu bestehen. Es geht uns darum, Unternehmen zu  
92 fördern, die einen Mehrwert für die Stadtgesellschaft haben – und nicht die  
93 nächste Cashcow von irgendwelchen BWL-Tech-Bros. Die Wirtschaftsförderung für  
94 Rüstungsprojekte schließen wir grundsätzlich aus.  
95 Als Instrument der Wirtschaftsförderung wollen wir zusätzlich Gewerbeflächen  
96 stärker regulieren. Dazu gehört die Einführung einer Gewerbeleerstandssteuer  
97 sowie den verstärkten Einsatz von Erhaltungssatzungen (BauGB). Zudem fordern  
98 wir, nach dem Vorbild Bremens eine "Privatisierungsbremse" - danach müssen alle  
99 (Teil-) Privatisierungen durch einen Volksentscheid entschieden werden.

100 Wie in der Wirtschaftspolitik allgemein wollen wir auch in der Kreativwirtschaft  
101 verstärkt auf die Förderung von kleinen und/oder gemeinwohlorientierten  
102 Unternehmen setzen. Denn auch in der Kreativwirtschaft haben große Unternehmen  
103 oft eine absolute Marktmacht, die sie schamlos ausnutzen. Um kleine und/oder  
104 gemeinwohlorientierte Unternehmen zu unterstützen, wollen wir branchen-gerechte,  
105 landeseigene Förderzentren gründen. Ein Beispiel ist hier ein landeseigenes  
106 House of Games. Durch die Etablierung eines solchen, landeseigenen Inkubators  
107 könnten wir gezielt Neugründungen beziehungsweise kleine Studios durch  
108 Beratungsangebote, Bürofläche und gemeinschaftliches Arbeitsmaterial  
109 unterstützen. Selbstverständlich müssen Unternehmen, die ein solches Angebot  
110 nutzen, einem hohen Sozial- und Umweltstandard gerecht werden.

111 Wir unterstützen Arbeiter\*innen in ihrem Kampf für bessere Arbeitsbedingungen  
112 und Löhne. Diese Zusage darf kein Lippenbekenntnis sein. Es geht darum, konkrete  
113 politische Maßnahmen zu suchen und zu ergreifen. Dafür werden wir unter anderen  
114 den Landesmindestlohn auf 16 Euro erhöhen. Die turnusgemäße Anpassung an die  
115 Tariflohnsteigerungen erfolgt nach wie vor weiter. Besondere Priorität haben für  
116 uns Arbeitnehmer\*innen in sozialen Berufsfeldern und in Ausbildungsberufen.  
117 Politische Hebel können hier unter anderem die Wirtschaftsförderung und das  
118 Ausschreibungsrecht für öffentliche Aufträge sein. Zentral ist, dass  
119 landeseigene Betriebe in Sachen Arbeitnehmer\*innenrechte mit gutem Beispiel  
120 vorangehen. In Anlehnung an das Pilotprojekt Solidarisches Grundeinkommen wollen  
121 wir eine Jobgarantie für das Land Berlin entwickeln. Anhand der Erfahrungen aus

- 122 dem Pilotprojekt Solidarisches Grundeinkommen und einer Berliner Jobgarantie  
123 setzen wir uns langfristig für eine bundesweite Jobgarantie ein.